

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Mittwoch, den 13. Mai 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten sind im Monat April folgende Parteibeiträge eingegangen:

Altona, rote Konfirmation 2,57. Adim, von der roten R. 5.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 600.— (darunter Freiheit 4.—, Klaus Luft 8,10, L. W. 58,60, Unbekannt 101,40, Jule, Ritterstr., 35,65, L. G. M. 800.—), 3. Kreis 700.—, 4. Kreis 1063.— (darunter durch Reimann 10.—, Ueberfus der Kranzspende der Arbeiter v. Pintsch 18,80, Kernspitze 90.—, Lufth 20.—, Tischler d. Werkstatt v. Vöhlung u. Pirsch 16.—, 1. Rate von d. Tischlern der Wollert'schen Werkstatt, Vöschingstr. 7 10.—, Osten, damit es besser werde 50.—, Pankolonne Schmorz 3.—) 5. Kr. 800.—, 6. Kr. 2000.— (darunter W. B. Solo 5.—, Sangesbrüder Moabit 50.—, Stromstr. 5 2.—, früherer Bezirk 612 4,88, Reibefen-X-Strahlen 47,05, Knatsch 20.—, Vierprocente H. G. 25.—), Berlin, div. Beitr.: Franz Guttmacher Königsr. 25 12.—, Raigalocher 80.—, M. B. 75.—, J. B. 25.—, Madetes 5.—, Werkstatt Malchin, Neue Grünstr. 10,80, Rote Kindtaufe Schwedterstr. 3,20, Rote Buchbinder, Grünstr. 5.—, Säch. Genosse in Moabit, Beitrag für März-Mai 60.—, F. G. 5.—, Millionenjule 7.—, Münster 3.—, S. G. B. 8.—, Mitgl. der U. Dr. 4. Rate 4,95, A. S. —50, Johannes 100.—, Eder v. D. 5.—, Spandau, Laufe 2,90, Rote Hochzeit, Schöneberg 1,45, Kommit. P. G. 1.—, Gesammelt zu einem Kranz v. P. M., Putschstr. 9, 2.—, Arbeiter von Schuster u. Banz 10,80, Bradel 400.—, Gottbus, S. 10.—, Charlottenburg, Wahl. 140.—, Grimmitzschau 200.—, Friedrichsberg b. Berlin durch H. R. 814,07, Falkenberg (Oberschl.) 2.—, Hamburg, Stammtisch Steinbamm 5.—, Gafelst d. Bremen v. Gen. 25.—, Hamburg 3. Wahlk. 1000.—, Hamburg aus höh. Einkommen 20.—, Hamburg 2. Kr. 1000.—, Hamburg, von drei Schneidern, Kaiser Wilhelmstraße, 3.—, Hofscheid durch P. 3.—, Fierlohn, Hellmann 10.—, Leipzig, 101-Spieler F. J. 1,50, Langenbienen 100.— (darunter rote Kindtaufe 2.—), München, Walbläufer 5.—, Mann im Roub 2000.—, Magdeburg 1000.—, Neuwies 15.—, Nürnberg 500.—, Neudamm 4.—, Celsigny i. V., rote Kindtaufe durch D. 2,05, Pausa i. B., von Genossen 5.—, Rixdorf, Bager vom Ban bei Loh 7,80, Rixdorf, Ritzbl. 15.—, Rixdorf, Muffstreuende, Maiseier 10.—, Reinsdorf bei Greiz, rote Kindtaufe 2,80, Sanders' Wfen bei Koffel, zielbewusste Arbeiter 18,50, Teltower Kreis, Steinfels 25.—, Treptow, Baumfchulenweg 15.—, Sa. 40.—, „Vorwärts“, 1. Quartal 1896 11 008,60, Werbau, rote Hochzeit durch Kalltofen 6.—, Hamburg-Gimsbüttel, den 9. Mai 1896. Für den geschäftsführenden Ausschuß: H. Gerisch, Eichenstraße 4, 1.

Jean Volders.

Nous avons la profonde douleur de vous annoncer que Jean Volders est mort lundi soir à 8 1/2 heures.

Pour parti ouvrier belge: Servy.

Heute noch Mitternacht kam uns in vorstehendem Telegramm die erschütternde Nachricht, daß Jean Volders nicht mehr unter den Lebenden ist. Genosse Servy hatte uns im Namen der belgischen Arbeiterpartei gemeldet:

„Voll tiefen Schmerzes geben wir Euch Nachricht, daß Jean Volders Montag um 8 1/2 Uhr abends gestorben ist.“

Lene.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

Lene neigte sich über den Tisch, um besser sehen zu können. Da hatte er sie schon an der Schulter und zog sie an sich. Mit beiden Händen fuhr sie ihm ins Gesicht.

„Versuchte Rah! Die krast ja... Wart!“

Aber schon war sie ihm unter den Armen hervor.

Einen Augenblick überlegte Lene, wozu sie sich wenden sollte. Zum Nebenstübchen hatte der Bauer näher, und die Wirtin schlief. Da war sie mit ihren bloßen Füßen lautlos zur Thür hinaus und die Stiege hinauf.

Eine zeitlang blieb es ruhig. Schon glaubte Lene, der Unhold wäre gegangen. Plötzlich knarrte leise eine Stiegenstafel, ein Tappen kam herauf vermischt mit Keuchen. Das Mädchen hatte sich auf den „Gang“ hinausgeschlüchtet, auf die plumpe Holz-Veranda, die sich in Stockhöhe an der Straßenseite des Gebäudes hinzog, und in die äußerste Ecke gedrückt. Sie hörte, wie er drinnen ihr Bett durch-einanderwarf und fluchte. Wenn er heraustrat, war sie verloren.

Da erschienen ein Kopf und zwei blutunterlaufene Augen in der Thüröffnung. Mit einem Schwung war Lene über der Gangbrüstung. Als er sah, daß ihre Hände noch an dem Ballen klammerten, sprang er zu. Ein Schrei, und ein großer Fegen von des Mädchens Kattunjacke blieb in seiner Faust. Von unten ertönte das Poltern und Rasseln eines zusammenstürzenden Kleinholzhäufens. Im nächsten Augenblick schoß die Lene über die Straße und verschwand im manns hohen Kornfelde.

Lange lief sie, ohne zu fragen wohin. Ihre Beine stieß sie an Steinen und harten Erdschollen blutig. Einen

Mit den Arbeitern Belgiens werden die Klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt an dem Grabe Volders trauern. Der Schmerz um den Dahingang dieses beliebtesten Führers der französisch sprechenden Sozialdemokraten Belgiens wird gemildert durch die Tatsache, daß Jean Volders seit fast drei Jahren der Arbeit für die Partei durch eine schwere Krankheit vollständig entzogen war. Noch nicht 41 Jahre alt, starb er dahin.

Von seinem 21. Jahre an war er für die Sache der Arbeiter thätig, zuerst im Kreise seiner Berufsgenossen, der kaufmännischen Angestellten, die er organisierte, bald aber auch in der politischen Bewegung. Als er in die belgische Arbeiterpartei trat, war sie ein kleines Häuflein meist unklarer, zwischen Anarchismus und Sozialismus schwankender Arbeiter. Heute aber ist die belgische Sozialdemokratie diejenige aller Schwesterparteien, die die stärkste parlamentarische Vertretung besitzt und die in erster Linie genannt werden muß, wenn von den Erfolgen einer Partei in bezug auf Organisation der Massen, Schulung der Arbeiter und äußere Erfolge gesprochen wird. Soweit hierbei von Verdiensten einzelner gesprochen werden kann, so gebührt in erster Linie neben dem verstorbenen Caesar de Paeppe und Aulsele, Volders in erster Linie die volle Anerkennung. Er war es, der die belgischen Arbeiter und vor allem die Bergarbeiter von der Haltlosigkeit der anarchischen Ideen überzeugte und ein gut Teil dazu beitrug, daß heute der Anarchismus in Belgien von keiner größeren Bedeutung ist als in Deutschland und daß die Partei in voller Einigkeit dasieht. Mit Caesar de Paeppe und Bertrand gründete er den „Peuple“, der mit dem „Vorwärt“ in Gent die publizistische Vertretung der Partei bildet. Er organisierte die großen Demonstrationen in Brüssel, und er war einer der Leiter der Wahlrechtsbewegung, welche der Regierung und dem Parlamente die Erweiterung des Wahlrechtes abtrotzte. Aber auch in der Kleinarbeit der Partei stellte er seinen Mann ebenso wie bei den großen Aufgaben. Er war um die belgische Genossenschaftsbewegung eifrig bemüht, das Brüsseler Volkshaus verdankt auch seinem Eifer mit seine Eröffnung und Blüthe. Seine Meisterleistung seines organisatorischen Talents war der internationale Kongreß von Brüssel, der dank seiner geschickten Vorbereitungen und seines unermüdblichen Eifers den besten Verlauf nahm. So wie er sein taktisches Geschick in der Gewinnung der früher anarchischen Bergarbeiter bewies, so verstand er es auch, die Reibungen zwischen Wallonen und Flamländer, die bei allen Parteien Belgiens stets eine große Rolle spielten, für die Sozialdemokratie vollständig aus der Welt zu schaffen.

Seine eigenartige Begabung, die Kräfte zusammenzufassen, bewährte er auch bei der Pflege der internationalen Beziehungen. Und mit recht wurde er umjubelt, als er mit Grenlich, Stobson, Turati und Debel am 6. August 1893 in Zürich nach dem herrlichen Demonstrationstage, der dem Kongresse voranging, unter freiem Himmel zum Volke sprach.

Aber damals war schon seine Kraft gebrochen. Seine näheren Freunde hatten bemerkt, daß dieser Mann, der wie aus Eisen gebaut zu sein schien, den Reim

schwerer Leiden in sich trug. Er, der sich nie nach Ruhe sehnte, für den keine Arbeit zu viel war, der als Journalist, Organisator, Agitator zahllose Aufgaben zu erledigen hatte, er bedurfte der Ruhe. Die Partei hatte ihn gezwungen, sich auf einige Zeit jeder Thätigkeit zu enthalten und sich in den Bergen der Schweiz Erholung zu schaffen, um nachher mit voller Kraft in die damals bevorstehende Wahlkämpfe eintreten zu können. Aber es war zu spät, die ungeheuren Anstrengungen und Aufregungen der Wahlrechtsbewegung hatten den Reim der unheilbaren Krankheit in Volders gelegt. Er gesundete nicht mehr, er mußte in eine Irrenanstalt gebracht werden, die er erst im Sarge verließ.

Ein so dankbares, ja persönlich freundschaftliches Andenken werden wenige Volksmänner mit ins Grab nehmen wie Jean Volders. Er war nicht bloß der geachtete und seinem Werthe nach gewürdigte Führer der belgischen Arbeiter, nein sie alle hatten für ihn auch das Gefühl warmer persönlicher Freundschaft. Das bewiesen die Beschlüsse aller belgischen Parteitage, die nach seiner Erkrankung stattfanden. Keiner wurde ohne warme Sympathieumgebungen für den erkrankten Genossen geschlossen.

Von der größten Freude, die Volders bereitet werden konnte, erhielt er keine Kenntniß mehr, von den großen Wahlerfolgen, die alle Freunde der Arbeiterfrage aufs freudigste überraschten, und die niemand eifriger vorbereitet hatte, erfuhr er nichts mehr.

Ist er auch geschieden viel zu jung, so war sein Werk doch nicht umsonst gethan, fest gegründet ist die Organisation der belgischen Arbeiter, die Massen sind erfüllt mit den Ideen des Sozialismus, das Proletariat steht als eine zielbewusste, Achtung herausfordernde Macht, als zweitstärkste Partei im Lande und im Parlamente da. Daß hieum Jean Volders sich in erster Linie verdient gemacht hat, das danken ihm heute nicht nur die Arbeiter Belgiens.

Die deutsche Sozialdemokratie nimmt an dem schweren Verluste, der unsere belgischen Brüder getroffen hat, wärmsten Antheil.

Ueber die Vorgeschichte der Peters'schen Gründungen

wird uns geschrieben:

Dr. Peters hat zu einem seiner Freunde, gleich nach seiner moralischen Hinrichtung im Reichstage, geäußert: „Jetzt soll ich wohl todt sein! — Haben die eine Ahnung! — Ich befinde das Leben von neun Raken und falle immer auf die Füße.“ Zu der That, Dr. Peters hat immer ganz vortrefflich das Eine verstanden: sich in Szene zu setzen. Hiervon sogar zu vortrefflich und darum mit negativem Erfolge! — Sein Vortragsstück über den Prinzipien Arentz hätte ihm in dieser Hinsicht eine Lehre sein sollen. Aber Menschen von dem Eigendünkel und der Selbstvergötterung eines Peters lernen niemals sich bescheiden. Darum hat Dr. Peters das alte Spiel von neuem begonnen. Es ist außer Frage: dieser Mann, dessen Thaten jeden zivilisirten Menschen mit Abscheu erfüllen, begt

und Wiesen unter seine beiden Söhne getheilt und dem einen ein neues Gehöft aufgebaut.

Aus der Zeit vor der Theilung stammten noch das Wohnhaus und die Scheuer des alten Flaugerhofes; wer nach ihnen geurtheilt hätte, würde den Besitz des Bauers sehr hoch überschätzt haben.

Zu dem Flauger-Bauer zog Lene im Herbst als Kleinmagd. Das war eigentlich nicht die richtige Zeit, diese fiel zwischen den Dreikönigstagen und Maria Lichtmeß, aber Lene hatte es im Schulhause nicht mehr ausgehalten. Die beiden ältesten Mädchen der Lehrerin waren soweit erwachsen, daß sie das bishen Wirthschaft im Verein mit der Mutter spielend besorgen konnten. In der letzten „Kälberweis“ hatte man auch die alte Kofel abgedankt; da sie zum Dienen zu alt und gebrechlich war, mußte sie ihre Heimathsgemeinde, drüben am Fuße des Pilsen, aufnehmen und im Armenhause unterbringen. Unter diesen Verhältnissen schämte sich Lene, ihren Verwandten länger zur Last zu fallen. An einen Nebenverdienst, durch Striden oder Nähen, war nicht zu denken. Bald war sie bei allen Botenfrauen ein bekannter Gast, und bestimmte sie, ob sie keinen Dienst wußten. Einige Mal hätte sie in eines der Dörfer in der Nähe der Stadt ziehen können, aber die Lehrerin gab nie ihr Jawort. Der Vorfall im Gasthaus zu Zettenberg hatte sie mißtrauisch gemacht, sie wollte Lene noch ein paar Jahre in ihrer Nähe haben, um über sie wachen zu können.

Da erkrankte kurz nach der Ernte die Frau des Flauger-Bauers an einem alten Fußfäule, daß sie kaum das bishen Essen lochen konnte. Jetzt mußte der Flauger einen Diensten haben. Und eines Tages kam er selbst in die Schule

auch heute noch die Ueberzeugung, seine Position halten zu können. So muß man sich auch jetzt noch einige Zeit mit ihm beschäftigen, bis eine weitere Kritik seines Treibens überflüssig geworden ist.

Der Hängelkommissar Dr. Peters, Nationalheld zur Disposition, ist der Typus des modernen Strebers. Rücksichtslos, zornig, genüßsüchtig. Eine zu Gewaltthaten neigende Natur, verschmähte er auch die Deuchelei zur Erreichung seiner Zwecke nicht. Es ist höchst widerwärtig, wie er in seinem Werke über die Emin-Bacha-Expedition den gottesgläubigen Christen heranzubringen sucht. Aber er wußte eben, daß man das Deforum wahren muß, wenn man in der heutigen Gesellschaft reüssieren will und ist daher allzeit ängstlich darauf bedacht gewesen, vor der Welt als ernst zu nehmender Forscher und christlicher Kulturträger dazustehen. Mit unerschütterlichem Geschick hat er dies lange Jahre hindurch fertig gebracht, und spielt, Kolonialheld und Flottenschwärmer, noch heute den verkannten Idealisten.

Die Erkenntnis, daß Dr. Peters in moralischer Hinsicht ein erhebliches Manko ausweist, hat sich aber allmählich auch in kolonialen Kreisen Bahn gebrochen. Nur kommt man dort immer mit dem Einwand: „Er ist aber doch immerhin derjenige, dessen Thätigkeit wir unsere ostafrikanische Kolonie verdanken.“ Ob man jemandem für die Erwerbung einer derartigen Kolonie überhaupt Dank zu wissen hat, wollen wir hier nicht erörtern. Wir finden es aber lächerlich, einen politischen Abenteuerer deswegen zu rühmen, weil er Glück gehabt und sogenannte Erfolge erzielt hat. Wir brauchen uns indes bloß zu vergegenwärtigen, wie e dieser Mann seinen Weg gemacht hat.

In den Jahren 1879 bis 1883 lebte Dr. Peters in England. Als er Ende 1883 nach Deutschland zurückkehrte, brachte er eine Idee mit, von der er die feste Ueberzeugung hegte, daß sie ihn zu Macht und Reichthum führen würde.

Dr. Peters hatte erkannt, wozu ein weites Feld für Abenteuer und Spekulation die englischen Kolonien waren. Er beschloß daher, nach seiner Rückkehr nach Deutschland dort für die Inangriffnahme einer praktischen Kolonialpolitik zu plaidieren, in der richtigen Voraussetzung, daß dabei für ihn immerhin etwas abfallen dürfte. Glücklich ihm der Coup, den er plante, nicht, so konnte er immer noch sein Dasein wieder als Hauslehrer fristen.

Um seine „Idee“ zu verwirklichen, suchte Dr. Peters zuerst mit einer politischen Partei Fühlung zu gewinnen. Als die Nationalliberalen sich zu spröde zeigten, ging er zu den Konservativen. Bei diesen fand er einen werththätigen Freund in dem Grafen Behr-Bandelin. Ein anderer Streber der konservativen Partei, Dr. Friedrich Lange, vervollständigte das Klebblatt. Zwar bestand damals in Deutschland schon ein Verein, der sich die Förderung aller kolonialen Ziele zur Aufgabe gemacht hatte. Aber in diesem, dem „Deutschen Kolonialverein“, dominierten bereits andere Männer, die Dr. Peters nicht ohne weiteres verdrängen konnte. Da es ihm aber gerade darum zu thun war, in seinem Kreise die leitende Rolle zu spielen, so wurde die Begründung eines neuen Kolonialvereins in Aussicht genommen. Zu diesem Zwecke hieß es Mitglieder und Kapitalien zusammenbringen. Dr. Peters, der damals in Hannover wohnte, lag fortwährend auf der Eisenbahn und suchte in Berlin, zusammen mit seinen Freunden, das Nöthige zu beschaffen. Inzwischen war dem aus Peters, Graf Behr und Dr. Lange bestehenden Komitee noch ein vierter Herr beigetreten, der bei diesem Schritt wohl nur von rein idealen Gesichtspunkten geleitet wurde. Es war das der Premierlieutenant a. D. Kurrella. In Hannover versuchte Dr. Peters damals Herrn v. Benigsen, der bereits dem Kolonialverein angehörte, für sich zu gewinnen, nicht ohne Erfolg.

Im Jahre 1884 wurde dann die Gesellschaft für deutsche Kolonisation begründet. Männer von Ruf und Namen für dieselbe zu gewinnen, war dem Komitee nicht gelungen. Dagegen hatte man die nöthigen Kapitalien aufgetrieben. Und das war schließlich die Hauptsache. Der ältere „Kolonialverein“ und die jüngere „Kolonisationsgesellschaft“ lagen sich in der ersten Zeit gehörig in den Haaren. Dr. Peters wurde von der „Deutschen Kolonialzeitung“ ordentlich mitgenommen, und er attackirte seine Gegner in der „Kolonialen Korrespondenz“ mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit. Aber als Dr. Peters sah, daß man ihn zu sehzern begann, erkannte er, daß er doch wohl den Kürzeren ziehen würde, und lenkte ein. Die feindseligen Brüder reichten sich die Hand, die Versöhnung wurde geschlossen.

In seiner Gesellschaft war Dr. Peters das anerkannte Oberhaupt. Er schmeigte förmlich in befristeter Ehre. Graf Behr-Bandelin war nur das Anhängsel; zu sagen hatte er nichts. Dr. Lange stellte sein kleineres Licht beschreiben unter den Scheffel, und Herr Kurrella, den Peters in seiner großspurigen Art zum „Großherzogthum“ ernannt hatte, plagte sich mit der Geschäftsführung des Unternehmens ab. Dieses sollte jetzt in weitere Kreise dringen und neue Anhänger gewinnen. Peters reiste daher im Lande umher und hielt

herüber und fragte nach vielen Umschweifen die Lehrerin, ob sie ihm nicht die Lene anvertrauen wolle. Es sei auch besser für diese, wenn sie zuerst in eine kleine Wirthschaft kommen würde, und bei ihm könnte sie mehr lernen als in einem großen Bauernhose. Die Lene war sogleich einverstanden. Die erfahrene Frau aber fragte erst nach dem Lohn. Nach langem Hin- und Herreden wurde abgemacht: Lene sollte an baarem Lohn zwanzig Gulden erhalten, zur Kirweih ein Paar Schuhe und zu Neujahr zwei Hemden, zwei blaue Arbeitskürzen und ein paar Stückel Hausseife. Für den Rest des Jahres wolle er, der Flauger, noch überdies vier Gulden zulegen.

An einem Sonntag-Abend im September trug Lene ihre Sachen in den Flaugerhof hinüber und trat den Dienst an. Als die Suppenkühel leer war, leckte der Bauer seinen runden Blechschüssel fein säuberlich ab, rieb ihn zur Vorsicht auch noch mit dem groben Lischuch aus und zog ihn dann durch ein Lederlein, das an's Tischlein genagelt war.

„Morgen werd'n ma a weng dreschen,“ meinte er zu seiner neuen Magd. „Zu muß a paar Mandeln abbauschen, d' Steuer steht vor der Thür.“

„Kannst denn a dreschen?“ fragte die Bäuerin. Lene nickte. Wie oft hatte sie drüben beim Dunkel mit der Hofel und einer Tagelöhnersfrau zugeschlagen, daß die ganze „Bansen“ zitterte. Das war doch keine Kunst.

Früh um fünf Uhr wurde Lene vom Bauer geweckt. „S nächst mal mißt halt selber an's Aufsteh'n denk'n“ hatte er gesagt, dann war er wieder mit schweren Tritten die Stiege hinabgetappt. Als das Mädchen hinabkam, stand er unter der Hausthür.

„Komm! komm! daß ma vortm Essen noch vier „Stroh“ runtabringa.“

Es war noch grau. Der Kettenhund hatte sich ganz in das Stroh seiner Hütte eingewühlt und gab im Vorbeigehen nur ein paar Knurrstöne vor sich. Drüben in der Scheuer mußte der Bauer einen Thorflügel offen lassen, um wenigstens etwas Licht hereinzubekommen. Sofort spürte Lene, wie sie eine Gänsehaut übertrug. Taper kämpfte sie die aufsteigende Jagheit nieder. Während sie nach dem Dreischlund ging, warf der Bauer aus der „Bansen“ über die manns-hohe Holzwand, die man „das Loth“ nennt, die Korngarben herüber. Gemeinschaftlich lösten dann beide die Strohbänder und breiteten die Garben aus, je vier auf jeder Seite der Tenne. (Fortsetzung folgt.)

Vorträge. Er wußte von Afrika nicht mehr als jeder Zeitungs-leser erfahren haben konnte; aber er sprach darüber in den hoch-trabendsten Phrasen und empfahl Landstriche, die ihm völlig unbekannt waren, als geeignet zur Besiedlung durch deutsche Aus-wanderer. Das Gleiche geschah auch in den Prospekten der von ihm geleiteten Gesellschaft.

Was Dr. Peters gewollt hatte, war geglückt. Der Coup war gelungen. Er stand jetzt an der Spitze einer kapitalträchtigen Gesellschaft und hatte die Mittel, in Afrika selber sein Heil zu versuchen. Ohne Zaudern ging er an die Ausführung seiner weiteren Pläne. Er rüstete eine Expedition aus und zog nach Ostafrika. Nachdem er dort große Sandervörungen — man frage nur nicht wie — gemacht hatte, lehrte er nach Deutschland zurück, um auf der nun gewonnenen Basis weiterzuarbeiten. Jetzt galt es, neue Kapitalien aufzu-treiben und eine neue Gesellschaft zu begründen. Peters verstand es, den damaligen Leiter der deutschen Kolonialpolitik, Geheimrath Krauel für seine Absichten zu interessieren. Als er zur Bildung der „Deutsch-afrikanischen Gesellschaft, Karl Peters und Genossen“ schritt, hatten sich einige Finanzleute bereit erklärt, der Gesellschaft beizutreten. Wie es heißt, hatte die Sehnsucht nach Orden und Ehrenzeichen sie gepackt. Dr. Peters legte der Regierung eine Liste dieser Leute nebst den Ziffern der von ihnen gezeichneten Summen vor. Seine Vor-schläge wurden angenommen und erfüllt. Das Geschäft war somit perfekt geworden. So entstand die berühmte Deutsch-afrikanische Gesellschaft, die viele Millionen verpulvert hat und heute auf dem letzten Loche pfeift.

Aus welchen Gründen ist Dr. Peters denn nun in den Reichsdienst übernommen worden? Daß er weder in Afrika noch in Europa in irgend einer Stellung zu brauchen war, hätte das Kolonialamt wissen können. Aber Dr. Peters war der Mann des Tages. Er verstand es durch seinen laien Muth, der gern renommirte, sich Geltung zu verschaffen. Als er zum Reichskommissar ein Gehalt von 25 000 M., geleistet hat er in dieser Stellung nichts. Es müßte denn sein, daß man ihm die Strangulirung der beiden Schwarzten von Verdienst anrechnen wollte. Als Stationschef von Marenburg im Kilmundschargebiet hat er es in kürzester Zeit fertig gebracht, die vor ihm dort verrichtete Kulturarbeit völlig illusorisch zu machen. In den letzten Jahren war Dr. Peters überhaupt nur noch ein überflüssiges Ornament, aber man wußte nicht recht, was man mit ihm anfangen sollte. Was die Landeshauptmannschaft am Tanganyikasee anbelangt, so hatte die Regierung zunächst garnicht daran gedacht, sie dem Dr. Peters zu geben. Dieser selbst hatte durch seine Freunde eine derartige Noth in die Presse lanciren lassen, und die Regierung war schwach genug, dieser unverkündeten Forderung nachzugeben. Daß Dr. Peters alsdann die Stelle nicht annahm, lag in seinem Plane. Für ihn sollte diese ganze Sache nur eine billige und erfolgreiche Kellame sein. Denn Dr. Peters hatte schon längst nicht mehr die Absicht, seine werthe Person in einen Winkel Afrikas zu verbannen. Er wollte fortan in Deutschland eine Rolle spielen. Das wäre ihm auch geglückt, wenn er sich nicht selber seine Grube gegraben hätte. Die kolonialen Kreise, die ihn früher bejubelt hatten, ließen ihn im dem Moment fallen, als er ihnen unbenommen wurde, und lieferten ihn kaltblütig seinen politischen Gegnern aus Messer. Diesen wurde damals der Rath gegeben, sie sollten doch nicht die Geschäfte seiner persönlichen Feinde besorgen und ihn lieber als das belassen, was er war, als der Pfahl im Fleisch des deutschen Kolonialwesens. Es wäre aber unklar gewesen, wenn man diesem Rathe gefolgt sein würde. Denn bereits die Zwistigkeiten zwischen dem Kolonialverein und Dr. Peters hatten gezeigt, wie wenig die einzelnen kolonialen Gruppen mit einander harmonirten. Jetzt freilich ist eine Rehabilitirung des Hängelkommissars Dr. Peters ein Ding der Unmöglichkeit. Der Reichstag und das deutsche Volk haben gesprochen und gerichtet.

Politische Uebersicht.

Berlin, 12. Mai.

Im Reichstage trugen heute bei der dritten namentlichen Abstimmung, die in der Zudersteuer-Berathung stattfand, abermals die Interessenten, die gestern bei der Betriebssteuer geradezu den Ausschlag gegeben hatten, den Sieg davon, indem die Kommissionsbeschlüsse über die Aus-schubprämien mit 159 gegen 110 Stimmen (bei einer Stimmenthaltung) angenommen wurden. In der Debatte entfuhr dem Abg. Baasche (natl.) das Wort: Die Vorlage sei ein Nothgesch für die nothleidende Zuderindustrie. Nun sind also auch die Zuderbarone — die industriellen Arbeiter rechnet der kapitalistische Sprachgebrauch ja nicht zur Industrie und ihnen hilft auch das Gesetz nicht — Nothleidende; die zuletzt gezahlten Dividenden lassen dies freilich nicht vermuthen. Dem § 68, Extrabesteuerung der Melasse im Interesse der konkurrenztreiben Zuderrefinerien, entstand ein scharfer und wohlgerüsteter Gegner in dem Abg. Köstke. Vom Abg. Müller-Zulda (Z.) war die Streichung dieses Paragraphen beantragt worden; dieser Antrag wurde, nachdem er auch von zwei Vertretern der Regierungen befürwortet worden war, erledigt durch die Annahme eines Antrages Blade, der nur innerhalb der Melasse verarbeitenden Industrie Gleichmäßigkeit schafft, die Extrabesteuerung der Melasse jedoch bestehen läßt. Darauf aber fiel der so umgestaltete § 68 in namentlicher Abstimmung mit 162 gegen 106 Stimmen. Auch die feuerteknischen Paragraphen des zweiten Theils kamen dann im wesentlichen nach der Kommissionsvorlage zur Annahme.

Morgen: Fortsetzung; fernere Novelle zur Gewerbeordnung.

In dem gestrigen Entreelet ist infolge eines Druck-fehlers der Abg. Pichler als Redner genannt worden. Es sollte heißen: Abg. Richter.

In preussischen Abgeordnetenhause wurde die heutige Sitzung mit einer Niederlage der Regierung eingeleitet. In § 24 des Gesezwurfs betreffend die Ausdehnung des Auerben-rechts auf Renten- und Ausiedelungsgüter lag der gestern mitgetheilte Antrag Worte vor, über den die Abstimmung wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses ausgesetzt werden mußte. Nach der Vorlage sollte der leere Platz im Grundbuch, der durch Tilgung resp. theilweise Tilgung der Rente entsteht, nicht zur Aufnahme anderweiter Hypothekenschulden verwendet werden dürfen. Die völlige Löschung sollte nur statthaben dürfen, wenn das Gut die Auerbenguts-eigenschaft verloren hat. Die darin liegende unerhörte Beschränkung der persönlichen Freiheit des Eigenthümers war der Linken und selbst dem Zentrum, das in letzter Zeit mit den Agrariern durch Vieh und Linn zu gehen pflegt, denn doch zu hart, und obwohl der Regierungskommissar gestern darauf hin-gewiesen hatte, daß das Herrenhaus wahrscheinlich das Gesetz mit dem Antrag Worte zu Falle bringen würde, blieben die Wannen diesmal doch fest. Der Antrag Worte wurde mit einer Mehrheit angenommen, die sich aus den Parteien der Linken, den Polen und dem Gros des Zentrums zusammensetzte. Einzelne Stimmen dieser Partei hatten sich abgesplittert, darunter natürlich der Bundesfreund Dr. Miquel's, Frhr. v. Huene, der Leiter der Zentralgenossenschaftskasse. Nach längerer Debatte wurde sodann die zu dem Gesetz eingebrachte Resolution v. A. u. u. und eine Anzahl dazu gestellter Abänderungsanträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. — Hieraus überwiegt das Haus den A. a. t. r. a. g. e. t. a. t., worin 200 000 M. behufs allgemeiner Gleichrichtung der Volksschulstufen und weitere

200 000 M. als erste Rate zum Bau eines Sammlungsgebäudes für das pathologische Institut der Charitee gefordert werden, an die Budgetkommission. Aus der Debatte ist die Erklärung des Abg. Hermes (fr. Rp.) von Wichtigkeit, wonach die Koch'sche Anstalt voraussichtlich der Stadt Berlin erhalten und an ein neu zu erbauendes Krankenhaus angegliedert werden würde. — Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Besprechung der Interpellation der Freikonservativen, worin die Regierung gefragt wird, was sie zu thun gedenkt, um nach der Ablehnung des Lehrerbefordergesetzes durch das Herrenhaus den beabsichtigten Ausbau des Alterszulogensystems zu gunsten der Lehrer sobald als möglich herbeizuführen und die Mißstände zu beseitigen, die sich aus dem Mangel einer gesetzlichen Neu-regelung der Lehrergehälter ergeben. Der Kultusminister Dr. Boffe erklärte, daß in der nächsten Landtagssession dem Hause ein neues Gesetz vorgelegt würde. Voraussichtlich wird der Landtag dann so zeitig eintreffen, daß das Gesetz schon am 1. April 1897 in Kraft treten kann. Ein kleiner häuslicher Streit darüber, wer an dem Scheitern des Lehrerbefordergesetzes schuld sei, füllte den Rest der Sitzung. Charakteristisch ist das Verhalten des Finanzministers Miquel, der heute erklärte, daß die Regierung den seinerzeit gestellten Antrag Sattler, der die Verlobung der großen Städte verhindern sollte, nicht abgelehnt haben würde. Bei der Debatte über das Lehrerbefordergesetz schweig sich Dr. Miquel bekanntlich über das Verhalten der Regierung zu diesem wichtigen Antrage aus und trug dadurch wesentlich zur Verdunkelung der Situation bei. — Am Mittwoch steht die dritte Lesung des Auerbengesezes, kleinere Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Das Telegramm des Kaisers an Herrn Hinzpeter hat den „Reichsboten“ veranlaßt, folgende Re-miniszenz auszukramen:

„Unser Kaiser sagte in der bekannten Waldersee-Versammlung 1887: „Gegenüber den grundstürzenden Tendenzen einer anarchoistischen und glaubenslosen Partei sei der wirksamste Schutz von Thron und Altar die Zurückführung der glaubenslosen Menschen zum Christenthum und zur Kirche und damit zu der Anerkennung der geistlichen Autorität und der Liebe zur Monarchie zu suchen. Der christlich-soziale Gedanke sei deshalb mit mehr Nachdruck als bisher zur Geltung zu bringen.“

Diese Erinnerung ist nicht ohne Interesse, da Kaiser Wilhelm II. neuerdings an Herrn Hinzpeter telegraphirt hat: „Christlich-sozial ist Unsin!“

Der „Volks-Zeitung“ ist es höchst unbecquem, daß sie auf einer grundsätzlichen Bejubelung des kaiserlichen Telegramms festgenagelt wurde. Sie versucht sich in einer Polemik gegen die „Germania“ durch die Ausrede zu helfen, daß sie nur ihrer Freude über die Aburtheilung des Herrn Stöcker Ausdruck gegeben, die Pastoren „in all-gemeinen“ aber nicht gemeint habe. Schade um dieses Seitlängerstückchen! Das unjübelte Telegramm erwähnt zwar nebenbei auch Herrn Stöcker, lehrt sich aber in der Hauptsache gegen „die Herren Pastoren“, die Politik treiben, im all-gemeinen. Die Ausrede ist mißglückt. Das kommt davon, wenn man den Antisemitismus, wie die Engländer sagen, „on the brain“ — auf dem Brägen — hat.

Die Umgestaltung der vierten Bataillone wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, eine neue Aera der Militär-reformen, Militärvorlagen und Militärforderungen ein-leiten. Die „Königliche Zeitung“, die auch zuerst Ent-hüllungen über die Flügeladjutanten-Politik gebracht, rath auf der Hut zu sein. Es werde nicht lange dauern, so werde von derselben Stelle, die in Preußen in militärischen Fragen die Alleinheerrschaft beansprucht, die Forderung auf weitere Verstärkung der Kom-pagnien und die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit erhoben werden.

Unter der Stelle, die in Preußen in militärischen Fragen die Alleinheerrschaft beansprucht, ist doch wohl das Gardelcorps zu verstehen, das ja wohl auch in der Frage der Militärgerichtsbarkeit den Ausschlag gegeben haben soll. Die Mittheilungen der Kölnerin sind durchaus glaublich. Wir werden wohl bald ein ganzes Korps von Wars- und Negirensöhnen für die Heeres- und Marineverstärkung in die Höner stoßen hören.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Als einst die bürgerlichen Pressorgane die Niedertracht der deutschen Kaiserin meldeten, gingen in Chemnitz drei „gute Freundinnen“ von ihrer gemeinsamen Arbeit nach Hause, wobei eine davon, den Fall besprechend, eine Neuerung über den Kaiser gethan haben soll. Nach Verlauf von 1 1/2 Jahren ging die Freundschaft in die Brüche, und nun eilte die eine von den Freundinnen zur Polizei und erstattete Anzeige. Vorigen Mittwoch ist die ehemalige Freundin wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Dem „Frankfurter Journal“ zufolge wurden in den letzten drei Tagen vierzig Verhaftungen wegen Majestätsbeleidigung vorgenommen. — Vermuthlich bezieht sich die Mittheilung auf Verhaftungen, die anlässlich des Kaiserbesuchs in Frankfurt a. M. vorgekommen sind.

Deutsches Reich.

— Der Bundesrath hat in seiner am 11. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung dem Gesezwurf wegen Ab-änderung der Geseze über die kaiserlichen Schutztruppen vom 22. März 1891 und 9. Juni 1895, sowie dem Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Japan nebst Konsular-vertrag die Zustimmung ertheilt. In den Gesezwurfs wegen Abänderung der Schutztruppen-Geseze sind die Bestimmungen des Gesezwurfs über die Wehrpflicht in den Schutzgebieten auf-genommen worden.

— Fürst Hohenlohe empfing nach Angabe der „Freis-Zeitung“ dieser Tage eine Deputation, die sich gegen das Verbot des Detailreisens aussprach. Der Fürst hörte sehr aufmerksam den Vortrag des Sprechers der Deputation an und bemerkte darauf lakonisch, er begreife selbst nicht, wie man zu dem Verbot des Detailreisens ge-kommen sei. — Zur richtigen Würdigung dieser denkwürdigen Aeußerung bemerken wir, daß Fürst Hohenlohe — deutscher Reichszangler ist.

— Der Bund der Landwirthe hat nebst Bödel nunmehr auch den bisherigen antisemitischen Redakteur und Agitator Buchlein als Beamten angestellt. In Oels-Barten-berg kandidirte Buchlein bei der letzten Reichstags-Verwahl als antisemitischer Kandidat. Zuletzt war er in Ruppin-Telegraph als Agitator für den antisemitischen Kandidaten Schürer thätig.

— Zur Frage des A. a. t. r. a. g. e. t. a. t. s. schreibt der „Freisinnigen Ztg.“ ein weitgereiseter Kaufmann: In London besteht die Sitte, jedem Angehörigen eines Geschäfts an einem bestimmten Tage der Woche von 5 Uhr abends an frei zu geben zur Erledigung der Privatangelegenheiten. Die Detailgeschäfte werden, und zwar freiwillig, durchschnittlich zwischen 7 und 8 Uhr abends geschlossen, während die Handlungen mit Lebensmitteln, Obst u. s. w. bis nachts 11 Uhr, ja im Sommer sogar bis 12 Uhr geöffnet sind. Die Verkäufer sind selbst anwesend und wohnen meistens dicht bei dem Geschäft. Hehliche Ver-hältnisse fand Emsender vor in New-York, Philadelphia, Wien

und Paris. Auch in der Schweiz ist es ebenso. Die Eng- geschäfte schließen in England Sonnabend Mittag ihre Bureaus.

Wegen Beleidigung der Kottbuser Richter wurde der Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, Genosse Gerhardt, vom Breslauer Landgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt und den Gerichtshof ersucht, nicht die Höhe der Strafe zu mindern, denn dem Angeklagten, welcher das erste Mal auf der Anklagebank sich befindet, müsse die Freude an seinem Beruf als Redakteur verdorben werden. Sonst pflegte gegen die Milderung der Strafe die vorherige Verurteilung geltend gemacht zu werden. Der Gedanke des Breslauer Staatsanwalts vervollständigt das Arsenal der zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dienenden Waffen auf das glücklichste. Fortan kann immer auf hohe Strafen plädiert werden. Vielleicht finden sich auch schließlich Richter, die dieser Breslauer Entdeckung durch ihre Erkenntnisse die Sanktion erteilen. Nur irren die Erfinder dieser Waffe, wenn sie meinen, dadurch den sozialdemokratischen Redakteuren die Freude an ihrer Tätigkeit verderben zu können.

In Löwenberg ist der Rektor Kopsch aus Berlin am Sonntag von einer Verfassungskonferenz-Versammlung der freisinnigen Volkspartei als deren Reichstagskandidat proklamiert worden.

Im Wahlkreis Schleifstadt im Elsaß wird sich um das durch die Ungültigkeitserklärung der Pöhlmann'schen Wahl freigebliebene Mandat ein harter Kampf entspinnen. Ob der frühere Bürgermeister von Schleifstadt, Landesauschuss-Abgeordneter Spies, die Kandidatur, die ihm von kirchlicher Seite angetragen worden ist, annimmt, ist noch fraglich. Neben ihm wird noch als Kandidat der Ultramontanen Pfarre Grünwald in Markolsheim genannt. Grünwald trat in der letzten Zeit politisch sehr viel als Führer des Volksvereins für das katholische Deutschland in die Öffentlichkeit. Als Dritter wird der Führer der elsass-lothringischen Volkspartei, Rechtsanwalt Blumenthal in Kolmar, genannt.

Aus Reg wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: In militärischen Kreisen wird hier zur Zeit die Frage der Reform des Militärstrafverfahrens eifrig besprochen. Es verläutet, daß vor einiger Zeit von sämtlichen Armeekorps ein Gutachten über die Angelegenheit eingelegt worden sei, wobei auf das des XVI. Armeekorps ein ganz besonderes Gewicht gelegt wurde, weil hier vielfache Erfahrungen in bezug auf die Anwendung des bayerischen, öffentlichen Verfahrens bei der hier garnisonierenden bayerischen Besatzungsbrigade vorliegen. Die angelegten Gutachten sollen, wie verläutet, in bezug auf die kleineren Strafsachen zu Gunsten des preussischen Verfahrens, in bezug auf schwere Vergehen aber zu Gunsten des bayerischen Verfahrens ausgefallen sein. Irgend ein Nachteil für die Disziplin ist aus der Öffentlichkeit des Verfahrens bei den hiesigen bayerischen Regimentern in keiner Weise zu Tage getreten.

Die Gesetze über die Schutztruppen in den deutschen Kolonien sollen nach einem vom Bundesrat genehmigten Gesetzentwurf einer Abänderung unterzogen werden. Bisher unterstanden die Schutztruppen in bezug auf militärische Organisation und Disziplin dem Reichs-Marineamt, in bezug auf Verwaltung und Verwendung dem Gouverneur und weiterhin der Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes. Hieraus ergab sich ein Nebeneinanderbestehen zweier Organe sowohl an der Zentralstelle wie in der einzelnen Kolonie mit beständigen Konflikten. Endlich hat man sich jetzt entschlossen, die Leitung der militärischen und der Zivilangelegenheiten in der Kolonie einheitlich zu machen. Zu dem Zweck sollen nach dem Gesetzentwurf die deutschen Militärpersonen der Schutztruppe, die bisher als abkommandierte Angehörige der Marine galten, vollständig aus dem Heer oder der Marine ausscheiden. In Südwestafrika, wo eine Anzahl früherer Mitglieder der Schutztruppe als Kolonisten angesiedelt sind, sollen außerdem diese wie sonstige dort wohnende wehrpflichtige Reichsangehörige zur Ableistung der Wehrpflicht im Schutzgebiete herangezogen werden. Diese Ausdehnung wird kaum zur Auswanderung nach Südwestafrika ermutigen.

Oesterreich.

Wien, 11. Mai. Heute wurden zwölf Arbeiter- versammlungen abgehalten zur Besprechung der Vorgänge vom 1. Mai sowie der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Wahlreform. Die Versammlungen verliefen ruhig. Die meisten Redner erklärten unter heftigen Ausfällen gegen die Antisemitenpartei, die Ruhestörungen vom 1. Mai seien von den antisemitischen Organen von langer Hand vorbereitet gewesen, und gaben der Ansicht Ausdruck, man müsse die Wahlreform in der angenommenen Fassung akzeptieren, den Kampf für das direkte, allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht jedoch um so entschiedener fortführen.

Wien, 11. Mai. Die Statthalterei verfügte die Auflösung von 19 akademischen Vereinigungen (Burschenschaften, Verbindungen und Vereinen, darunter 10 Verbindungen des Waidhosenverbandes), welche sich dem am 1. März gefassten Beschlusse gegen die Satisfaktionsfähigkeit der Juden angeschlossen hatten. Der Polizeipräsident hebt in einer Verfügung hervor, daß eine ganze Kategorie von Studenten in ihrer Ehre empfindlich verletzt worden sei. Heute wurden verschiedene Vereinslokale behördlich geschlossen.

Diese Maßregel ist ein Denkmal behördlicher Konsequenz in der Duellfrage. Nicht deshalb werden die antisemitischen Studentenvereine aufgelöst, weil sie das gesetzlich verbotene Duell pflegen, sondern weil ihre Mitglieder sich mit Juden nicht duellieren wollen!

Wien, 12. Mai. Das Herrenhaus wies die Wahlreform-Vorlagen einer fünfzehngliedrigen Kommission zu.

Wien, 12. Mai. Der permanente Strafgesetzsatz nahm einen von den Abg. Vinitski, Autovski und Gesslowski eingebrachten Gesetzentwurf an, in welchem strafrechtliche Bestimmungen über das Betreiben der Auswanderungsgeschäfte erlassen werden. Der Betrieb ohne Konzession wird als Übertretung mit Arrest von 8 Tagen bis 6 Monaten, die Verteilung zur Auswanderung durch Täuschung oder falsche Vorspiegelung als Vergehen mit strengem sechsmonatlichen bis zwei- eventuell dreijährigen Arrest und gleichzeitig mit Geldstrafe bis 4000 Gulden bestraft.

Wien, 12. Mai. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Debatte über die Steuerreform fort und nahm Artikel I der Vorlage, betreffend die Neuordnung der Erwerbsteuer und die Einführung einer Rentensteuer und einer Personal-Einkommensteuer mit 161 gegen 59 Stimmen in der Ausschussfassung an.

England.

London, 11. Mai. Im Unterhause erklärte der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, es sei beschlossen worden, die Garnison von Suakin durch indische Truppen zu ersetzen; die Garnison von Suakin solle, mit Ausnahme eines Infanterie-Bataillons, nach dem Nilthale gehen.

Italien.

Rom, 12. Mai. Im Kriegsministerium glaubt man, daß das Nungascha und das Sebati durch die Eroberungen des Generals Baldissera bemogen worden sind, die Befestigungen freizugeben. General Baldissera dürfte morgen Adigrat räumen.

Bei den Gemeinderatswahlen in Santa Sofia (Italien) trug die Liste der sozialistischen Kandidaten einen vollständigen Sieg davon und schlug die christlich-gemäßigten Kandidatenliste.

Spanien.

Madrid, 11. Mai. Die Cortes wurden heute eröffnet. In der Thronrede heißt es, zur Herstellung des Gleichgewichts sei es nötig, bei dem Entschlusse, die Einnahmen zu vermehren, zu verharren, obgleich die Umstände dafür nicht günstig seien. Neue Opfer würden von den Steuerzahlern verlangt werden, diese Opfer würden aber zur Entwicklung des Reichthums beitragen. Die Regierung sei entschlossen, energisch den öffentlichen Kredit aufrecht zu erhalten, und werde eingegangenen Verbindlichkeiten gewissenhaft respektieren, besonders die mit dem ausländischen Kapital eingegangenen Verbindlichkeiten, ohne die Entfaltung des nationalen Reichthums zu vergessen. An Gesetzesvorlagen werden in der Thronrede angekündigt eine Reform des Rekrutierungsgesetzes und der Bestimmungen über die Municipal- und Provinzialverwaltung.

In bezug auf die Reformen für Kuba sagt die Thronrede:

Der Zustand ist auf Kuba ausgebrochen, nicht weil die Aufständischen eine lokale Autonomie, sondern weil sie die Unabhängigkeit Kubas wollen. Ein Triumph der Aufständischen würde die Zivilisation zurückdrängen und den Wohlstand des Landes gefährden; das kann Spanien nicht dulden. Spanien reicht den Neuen die Hand, ist aber vor keinem Opfer zurückgeschreckt, um seine Autorität aufrecht zu erhalten, und wird auch vor keinem solchen Opfer zurücktreten. Die Reformen werden im geeigneten Augenblick zur Anwendung kommen. Der Zustand nimmt ab und wäre schon unterdrückt ohne die Hilfe des über die Lage auf Kuba getauschten Auslands und ohne die chimärische Hoffnung der Aufständischen, den Schutz einer Großmacht zu erlangen. Die Enttäuschung, welche den Aufständischen in dieser Beziehung zu theil werden wird, wird zur Herstellung des Friedens beitragen. Die Thronrede kündigt alsdann einen Gesetzentwurf an betr. die Schaffung einer lokalen Finanzverwaltung auf den Antillen, in welcher die Rechte Spaniens aufrechterhalten werden. Die Beziehungen zu dem Auslande seien vortrefflich; in der korrekten und freundschaftlichen Haltung der amerikanischen Republiken könne ein enges Band erblickt werden, welches dieselben mit Spanien verbindet. Der Präsident und die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hätten trotz der Opposition eines Theiles des Landes sich nicht der Freundschaft begeben, welche die beiden Länder seit dem Beginn der Republik verbänden. Die Thronrede kündigt ferner die Erklärung bezüglich der Abgrenzung der Befugnisse zwischen Spanien und Japan an und spricht sich lobend über das Heer und die Marine, welche auf Kuba kämpften, aus. Schließlich werden die Vervollständigung der Ausrüstung, die Vermehrung der Flotte, die Einbringung des außerordentlichen Budgets zur Erwerbung neuer Schiffe und Reformirung der Arsenale angekündigt.

Die Hoffnungen des spanischen Kabinetts auf baldige Beilegung des kubanischen Konflikts werden von der spanischen Bourgeoisie nicht getheilt. Sie hat die Thronrede mit einem Falten der spanischen Renten beantwortet.

Die Zahl der bei den letzten spanischen Wahlen abgegebenen sozialistischen Stimmen ist jetzt amtlich festgestellt: Die Sozialisten erhielten in Madrid 3000 Stimmen, in Valladolid 82, in Oviedo 104, in Bilbao 1700, in Alicante-Güesche 450, in El Ferrol 300, in Játiba 45, in Mataró 481, in Villanueva y Geltrú 89, in Burgos 36, in Velez-Walaga 220, in Gijón 26, in Coruna 42, in Valencia 88, in Malaga 62, in Palma 300, in Pinaros 88, in Lortosa 67, in Saragossa 105, in Baracaldo 111, in Toledo 13. Die Ergebnisse sind unvollständig, zumal das Wahlergebnis aus Barcelona (Stadt und Außenbezirk) und aus Tetua noch nicht vorliegt. Da die bedeutenden Sozialistengruppen von Tarragona, Santander, Cadix, Vigo, Santiago, Castellón, Valencia, Manacor, Sestao, Granada, Marresa und anderen Ortschaften, wegen Mangels an Geldmitteln an dem Wahlkampf überhaupt nicht theil nehmen konnten, geben die obigen Zahlen nur ein unvollständiges Bild von dem Anwachsen der sozialistischen Bewegung in Spanien. Aber selbst die angegebenen Zahlen sind unrichtig; man weiß ja, wie in Spanien Wahlen gemacht werden und daß die Regierung den einzelnen Parteien nur soviel Stimmen zuweist, als sie gerade für passend erachtet. Es sind in ganz Spanien sicher mehr als 15 000 sozialistische Stimmen abgegeben worden, was in anbeacht der Umstände, daß dort die sozialistische Partei erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit besteht und von allen Seiten gedrückt und in ihrer Entwicklung gehemmt wird, als ein sehr erfreuliches Ergebnis bezeichnet werden muß.

Russland.

Arbeiterverfolgungen. Der Redaktion der in London erscheinenden russischen Flugblätter wird aus Odessa berichtet, daß dort keine Woche vergeht, ohne daß Verhaftungen unter Arbeitern verschiedener Kategorien vorgenommen werden. Am 7. Februar sind dort 3 Schüler der jüdischen Handwerker-Schule verhaftet worden, am 18. Februar 4 und am 21. und 29. je eine zur „Intelligenz“ gehörende Person. Später sind in derselben Stadt 15 Bäckergehilfen und 11 Tabalarbeiter verhaftet worden.

Bulgarien.

Sofia, 12. Mai. Heute findet der Prozeß gegen das macedonische Blatt „Pravo“ wegen Beleidigung des Fürsten Ferdinand statt. Dasselbe hatte unter heftigen Ausfällen gegen den Fürsten es als eine erbärmliche Kriecherei bezeichnet, daß der Fürst dem Sultan die Hand gelüßt hat.

Ostasien.

Russland in China. Aus Shanghai wird telegraphirt: Der Agent der Russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat ein dem Hause Jerrisson in Czefoo gehöriges Stück der Küste erworben, wie man vermuthet zu dem Zwecke, dort eine Mole zu bauen. Andere Häuser in Czefoo haben hiergegen Einspruch erhoben, die chinesischen Behörden haben aber auf Intervention der russischen Regierung einem betreffenden Antrage des russischen Botschafters stattgegeben.

Russland thut alles, um in Ostasien festen Fuß zu fassen. In England empfindet man das schärfste Mißtrauen gegen diese Absichten.

Persien.

Die Lage soll, wie aus Teheran über Petersburg der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, keineswegs eine so beruhigende sein, wie offiziell dargestellt wird. Unruhen sind zu erwarten. Der Mörder des Schahs soll in un-menschlicher Weise gefoltert werden.

Afrika.

Präsident Krüger ist Herr Chamberlain die Antwort auf sein Einsetzen für die Chartered Company nicht lange schuldig geblieben. Der Staatssekretär der Südafrikanischen Republik hat das folgende Telegramm an den Gouverneur der Kapkolonie gerichtet:

Die Wähler schreiben, die britische Regierung zeige noch immer Parteilichkeit für die Direktoren der Chartered Company und namentlich für Cecil Rhodes. Die Regierung der südafrikanischen Republik glaubt nicht an die Richtigkeit dieser Behauptungen; nach ihrer Ansicht ist die Chartered Company die Quelle der Gefahr für ganz Südafrika. Die Stellung der Personen, welche um den Plan des Einfalls vorher wütheten und ihn unterstützten, wird mit der Angabe vertheilt, daß sie auf diese Weise im Interesse und für die weitere Aus-

dehnung des „Imperialismus“ in Süd-Afrika gehandelt hätten. Eine, welche den Einfall vertheidigten und unterstützten und danach auf eine großmüthige Behandlung der Rebellen drängten, haben keine Vorstellung von dem durch sie verursachten Unrecht und Schaden.

Gleichzeitig wird aus Pretoria gemeldet, Präsident Krüger habe in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Neuer'schen Bureau“ in Pretoria sein Erlaunen über die am Freitag im Unterhause erfolgte Vertheidigung Cecil Rhodes von amtlicher Seite her ausgedrückt und erklärt, er hätte gewünscht, anwesend zu sein, um persönlich die Ausführungen einiger Redner widerlegen zu können. Die Behauptung über Intriguen zwischen Transvaal und Deutschland sei nichts als leeres Geschwätz. Transvaal begehre mit allen in Freundschaft zu leben, für diesen neuesten Anschlag aber gäbe es keine Vertheidigung. Die, welche ihn ausgeführt haben, müßten auch bestraft werden.

Dr. Jameson und Major White richteten einen Brief an die „Times“, in welchem sie nachdrücklich in Abrede stellen, von Cecil Rhodes am 29. Dezember 1895 oder zu einer anderen Zeit ein Telegramm erhalten zu haben, welches sie anwies, ihre Streitkräfte nach Johannesburg in Bewegung zu setzen. Das entkräftet indes nicht die distirten Telegramme.

Amerika.

Zur Einschränkung der Einwanderung in den Vereinigten Staaten hat der New-Yorker Repräsentant Mahany einen Gesetzentwurf im Repräsentanten-hause zu Washington eingebracht, der die bisherigen Maßregeln an Rigorosität weit übertrifft. § 1 des Gesetzes lautet: Kein Bürger oder Bewohner der Ver. Staaten oder Ausländer darf Kontrakte mit Ausländern zur Vornahme irgend welcher Arbeiten in den Ver. Staaten abschließen. Zuwiderhandlungen sind mit Geldbußen bis zu 1000 Doll. oder Haft bis zu einem Jahre oder beidem zu bestrafen. § 2. Keine Person, welche das Bürgerrecht in den Ver. Staaten erworben hat und später den Wohnsitz im Auslande ausschlägt, darf in den Ver. Staaten arbeiten, so lange besagte Person im Auslande wohnt. Zuwiderhandlungen werden mit 100 bis 300 Dollar Geldbuße oder Haft von drei bis sechs Monaten bestraft. Diese Bestimmung richtet sich speziell gegen Kanada; man will den kanadischen Arbeitern verbieten, hier länger als zum Arbeiten herüberzukommen. Die folgenden Paragraphen richten sich wieder gegen die europäische Einwanderung. § 4. Personen, welche solche Ausländer zum Arbeiten in den Vereinigten Staaten importieren, sind auf Grund des § 6 des Gesetzes von 1891 mit Geldbuße bis zu 1000 Dollar oder Haft bis zu einem Jahre zu bestrafen. § 5. Dienstboten (die von dem Kontraktarbeiter-Gesetz von 1885 ausgeschlossen sind), sollen in Zukunft ebenfalls als Kontraktarbeiter betrachtet werden, wenn sie im Auslande engagirt sind. § 8. Personen, die ungesetzlicher Weise in den Vereinigten Staaten arbeiten, sollen deportirt werden. Kommen sie danach wieder, so steht darauf eine Geldstrafe von 2000 Doll. und Haft von zwei Jahren; die nämliche Strafe trifft die Arbeitgeber. § 9. Alle Einwanderungs-Inspektoren können Eingewanderte, die innerhalb zweier Jahre nach ihrer Ankunft eines Verbrechens oder Vergehens überführt werden, festnehmen und nach ihrem Heimathlande deportiren. Kehren sie zurück, so werden sie drei bis sechs Monate verhaftet und wieder deportirt. Eingewanderte Mädchen, die innerhalb zweier Jahre sich der Prostitution ergeben, haben das gleiche zu gewärtigen. Die republikanische Presse befürwortet zumeist diese horrenden Vorschläge, während die demokratische, besonders die deutsche, natürlich in einem Schrei der Entrüstung ausbricht. Es ist indes kaum anzunehmen, daß solche unsinnigen Vorschläge, wie der der Deportation trotz zweijährigen Aufenthalts, Gesetzeskraft erlangen werden.

Die 5. Konferenz der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen.

behandelte in ihrer zweiten und letzten Sitzung, welcher auch zahlreiche Damen bewohnten, das Thema: „Weibliche Hilfskräfte in der Wohlfahrtspflege“. Das Thema war in zwei Theile getheilt: a) in Fabriken, b) in Gemeinden.

Dr. Münsterberg-Hamburg berichtete über die: „Weiblichen Hilfskräfte für Wohlfahrtspflege in Gemeinden“. Derselbe führte etwa folgendes aus: Bei der Erörterung der Frauen-thätigkeit auf diesem Gebiete sei die Frage gar nicht abzuweisen, inwieweit dadurch neben der Hilfe für die Nothleidenden den darin thätigen weiblichen Personen zugleich ein Beruf und ein sie ausfüllender Lebensinhalt gegeben werden kann. Man müsse die Frage prüfen, inwieweit die fragliche Thätigkeit der beruflichen Ausbildung bedarf und in welcher Weise die unerlässlichen Voraussetzungen jeden Berufes, die berufsmäßige Schulung und Vorbildung zu schaffen sein würden. An der Hand der Berichte der Diakonissen-Mutterhäuser, des Vaterländischen Frauenvereins, der badischen Frauenvereine und zahlreicher einzelner Vereine zeigte der Referent, wie reich das Gebiet ist, auf dem Frauen wirksam sind und daß keine Thätigkeit in der Wohlfahrtspflege gedacht werden kann, in welcher Frauenarbeit ganz mangelte. Gleichwohl sei das Maß der Theilnahme auf den einzelnen Gebieten sehr verschieden: reichlich, wenn auch durchaus nicht ausreichend in der Krankenpflege, fast ganz fehlend in der Pflege des Arbeiterinnen-schutzes, verschwindend gering auf dem Wege der Geburtshilfe und der ärztlichen Thätigkeit. Sehr unbedeutend sei auch die Pflege an Gebrechlichen und Krüppeln im Gegensatz zu den Sicken, ebenso die Pflege an Gefangenen. Das Bedürfnis zu weiblicher berufsmäßiger Thätigkeit liege vor, es sei aber notwendig, das Bestehende, namentlich was die kirchlichen Genossenschaften betrifft, nicht nur quantitativ fortzubilden, sondern vor allem auch die gesammte weibliche Thätigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege qualitativ neu- und umzugestalten. In der gesammten helfenden Thätigkeit sei die Verthätigung der Hilfsbedürftigkeit immer die erste und wichtigste Aufgabe. Indem die Frau berufsmäßig zu helfen demüthigt sei, helfe sie nicht nur den Bedürftigen, sondern gewinne selbst einen sie ausfüllenden und beglückenden Lebensinhalt. So erweiterte sich die Frage der weiblichen Hilfs-thätigkeit zur Frauenfrage: aus spielender Liebhaberei solle ein Beruf werden und derselbe das bedürftige Weib an seiner Geschlechts-genossin die beste Stütze und Helferin haben.

Über die Nothwendigkeit der Ausbildung und Veranlagung weiblicher Hilfskräfte in der Fabrik-Wohlfahrts-pflege berichtete an der Hand des Heinke'schen Referats Geheimrath Post, indem er den unschätzbaren Werth betont, welchen die treue Arbeit aufopferungsfreudiger Schwestern und Helferinnen für eine Fabrikgemeinde hat. Die Helferinnen in den Fabrikgemeinden müssen ihre Thätigkeit am Krankenbette beginnen, hier müsse das Vertrauen der Leute gewonnen werden und darum müsse sich alles andere gruppiren. Die Stellung der Helferinnen müsse „möglichst unabhängig vom Arbeitgeber“ sein, und zwar auch da, wo die gesammten Kosten der Einrichtung von letzterem getragen werden. Gegen niemanden sei der Arbeiter so mißtrauisch, wie gegen seinen Arbeitgeber, auch gegen dessen beste Absichten, und je weniger die Hand und der Wille desselben sichtbar hervortreten, desto rascher gewinne der Arbeiter Vertrauen zu den Wohlfahrts-einrichtungen. Ob für Fabrikgemeinden die Anstellung von Diakonissen und Ordensschwestern oder von freien Gehilfinnen vorzuziehen sei, könne nicht generell beantwortet werden.

Da die Referate knüpften sich wieder ein lebhafter Gedankenaustausch. Pastor Diebstallamp regte an, ob es nicht möglich wäre, Frauen mehr als bisher der Armenpflege der Gemeinde einzuliefern und etwa auch weibliche Armenkommissions-Vorsteher zu schaffen. Frau Helene Lange glaubte, daß diese ganze Frage nicht ohne die ganze Frauenfrage gelöst werden könne. Kechnlich äußerte sich Frau Schwerin, während Frau Lippmann betonte, daß ebenso wie in der Armenverwaltung die Frauen auch in den Schul- und Waisenkommissionen gut ihren Platz ausfüllen könnten. — Der Behauptung, daß es den Frauen an der genügenden Vorbildung fehle, um eine segensreiche Tätigkeit auf diesem sozialen Gebiete zu entfalten, wurde von vielen Rednern widersprochen und die Referate wurden noch vom Korvettenkapitän Darns, Pastor Schlägel, Prof. Dike und vielen anderen ergänzt.

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Partei-Nachrichten.

Die Fraktion der sozialdemokratischen Partei beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Partei auf dem nächsten internationalen Arbeiter-Kongress in London durch die Abgeordneten Bebel, Liebknecht und Singer vertreten zu lassen. Gelegentlich dieses Kongresses soll auch eine Konferenz der Abgeordneten unserer Partei in den verschiedenen Parlamenten stattfinden speziell zu dem Zwecke, eine gemeinsame Verhaltenslinie für das Vorgehen in der Arbeiterschulfrage festzustellen.

Eines der Opfer des Essener Meineidprozesses, der wackere Genosse Johann Meyer, ist, wie die Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg. meldet, im Zuchthaus zu Hamm an einer Lungenerkrankung bedenklich erkrankt.

Partei-Presse. Dr. David aus Gießen übernimmt von Mitte Juni ab die Redaktion der „Mainzer Volkszeitung“.

Aus dem Elsaß. In Straßburg trat am 10. Mai die Landeskonferenz der Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens zusammen. Die Teilnehmer waren privatim eingeladen. Die Verhandlungen, denen auch der Reichstags-Abgeordnete Sueb beiwohnte, verliefen programmäßig, abgesehen von der Bitte eines Polizeikommissars, der sich aber berichtigt entfernte, nachdem der Vorsitzende seinen Namen und die Tagesordnung angegeben hatte. Während der ganzen Dauer der Verhandlungen hielt sich vor dem Lokal auf der Straße drei Geheimpolizisten auf; diese folgten den Teilnehmern nach Schluß der Verhandlungen noch bis in ein Wirtshaus.

Bei den Gewerbegerichts-Ergebnissen in der Klasse der Arbeitervertreter siegte die sozialdemokratische Liste mit 381 Stimmen über die Liste der Liberalen, die nur 99 Stimmen auf sich vereinigte.

Aus der Schweiz. Genosse Wafiljess, der verdiente Gründer und Leiter des Berner Arbeitersekretariats, hatte bekanntlich seine Entlassung gefordert. Wie wir aus der Berner „Tagwacht“ zu unserer Freude erfahren, ist er von diesem Entschluß zurückgekommen und wird sein Amt fortführen.

Der Kongress der Sozialdemokratie Toscanas wird am 17. Mai in Lucca abgehalten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In dem Artikel „Ein militärisches Kapitel“, wegen dessen das „Hamburger Echo“ vom 19. April der Beschuldigung verfiel, soll eine Beleidigung der Unteroffiziere der preussischen Armee enthalten sein.

Soziale Ueberblick.

In der Damen- und Kindermäntel-Branche hielten die Kommissionen der Konfektionssticker, der Zwischenmeister und der Arbeiter und Arbeiterinnen gestern eine gemeinschaftliche Sitzung ab. Die Kommissionen der Kaufleute und Arbeiter beschloß zunächst über die Zulassung der neugewählten Häuser-Kommission der Zwischenmeister. Die während des Streiks von den Zwischenmeistern gewählte Kommission ist kürzlich in einer Versammlung aufgelöst und an deren Stelle eine Kommission aus Mitgliedern der Innung und des Vereins selbständiger Schneidermeister gewählt worden. Diese Kommission hatte als Bedingung gestellt, daß alle Entscheidungen der Gesamtkommission von den Vorsitzenden der Innung und des Vereins selbständiger Schneidermeister begutachtet sein müssen. Hiergegen erklärte sich sowohl die Vertretung der Kaufleute wie auch die der Arbeiter. Die neugewählte Kommission der Zwischenmeister gab schließlich die Erklärung ab, daß sie die gemeinsame Geschäftsordnung und die Vereinbarungen vom 20. Febr. akzeptieren würde. Von dem Vorsitzenden der Kaufleute wurde die Mitteilung gemacht, daß der Vorsitzende der früheren Kommission erklärt habe, daß diese Vertretung sich als aufgelöst betrachte. Die aus der Innung und dem Verein der Schneidermeister gewählte Kommission wurde darauf als legale Vertretung der Zwischenmeister anerkannt. Nachdem entschieden die Kommission auf Grund der gemeinsamen Geschäftsordnung als Schiedsgericht über Streitigkeiten und Zwischverhandlungen gegen die Beschlässe vom 20. Februar. Von den Vertretern der Arbeiter waren zehn solcher Fälle der gemeinsamen Kommission unterbreitet. Von den Vertretern der Meister lag nur ein Fall zur Entscheidung vor. Von den beklagten Zwischenmeistern waren die Herren Lehmann, Liegnitzstraße, Rebellig, Stalingerstraße, Köpp, Kottbuserdamm, Rich, Pafewallerstraße, Schweiher, Woyenstraße, und Petersen, Stalingerstraße, nicht erschienen. Den klagenden Arbeiterinnen wurde anheimgegeben, in diesen Fällen ihr Recht beim Gewerbegericht zu suchen. Bei den übrigen Fällen handelte es sich um Lohn-differenzen betreffs der Vereinbarungen vom 20. Februar. Die Kommission entschied in allen Fällen, daß diese Differenzen von den betreffenden Meistern nachzuzahlen sind. Ebenso wurde die Firma Rosenbaum u. Cronheim, deren bevollmächtigter Vertreter erklärte, sich dem Schiedsgericht zu fügen, verurteilt, einer Zwischenmeisterin die entstandenen Lohn-differenzen nachzuzahlen. Das Objekt betrug in diesem Fall gegen 800 M.

Zum Kapitel der schwarzen Listen. Die Berliner Metallwarenfirma R. Frißler (Inhaber Engel und Hegevald) hat ein Zirkular versandt, worin es heißt:

Unter Bezugnahme auf Ihre Mitgliedschaft zu dem Verband der Berliner Metall-Industriellen, sowie der von der Vertrauenskommission am 2. April bezüglich der Freigabe des 1. Mai gefaßten Resolution II erlaube ich mir, Ihnen umseitig ein Verzeichnis der von mir ursächlich der Majestät entlassenen und gesperrten Arbeiter zu überreichen. Ich bitte Sie höflich, die für Fälle, wie vorliegend, maßgebenden Beschlässe des Verbandes prompt zu beachten und vor allen Dingen keinen der Genannten in Ihrem Betriebe anzunehmen.

Diesem Zirkular beigefügt ist eine gedruckte Liste, auf welcher ca. 100 Personen unter Angabe des Spezialberufs, des Geburtsorts und Geburtsdatums verzeichnet sind.

Die Firma R. Frißler hat als Telegramm-Adresse L u e i f e r - B e r l i n. Sie führt diese Telegrammbezeichnung mit Recht, denn 100 Menschen dauernd brotlos machen, weil sie einmal im Jahr einen freien Tag haben wollen, das ist ungewisslich etwas sehr böshafte. Aber wie Lucifer stets das Böse will und doch das Gute schafft, so wird auch die Firma R. Frißler durch die barbarische Ausnutzung der kapitalistischen Macht ganz besonders mit dazu beitragen, daß die Metallarbeiter Berlins sich in immer größerer Zahl der Organisation anschließen, um vor den Uebergriffen des Unternehmertums Schutz zu finden.

Gewerkschaftliches.

Aufruf an sämtliche in der Leder- und Galanteriebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Nur noch wenige Wochen trennen uns von dem Augenblick, wo wir der Noth gehorchen, in den Lohnkampf eintreten werden. Die unterzeichnete Kommission macht deshalb auf die Beschlässe aufmerksam, wonach die Kollegen und Kolleginnen die Pflicht haben, die Kommission mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. In erster Linie ist die Kommission mit Geldmitteln reichlich zu versorgen, denn die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt uns alle Tage, daß Mittel dazu gehören, um einen Lohnkampf siegreich durchzuführen. Die Unternehmer rechnen auf eure Armut, die sie durch die schlechten Löhne selbst erzeugen, ferner auf die Uneinigkeit der Kollegen unter sich selbst, die sich wiederum aus der Fäulnis der Hausindustrie ergibt. Wenn auch viele Unternehmer so thun, als ob sie mit den Forderungen der Arbeiter einverstanden wären, so denken sie in Wirklichkeit doch anders; denn ihr Entgegenkommen für die Bewegung ist von dem Gedanken geleitet, daß es ja doch nichts wird, weil die Arbeiter nicht einig sind. Darum, Kollegen und Kolleginnen, zeigt ihnen, daß Ihr ernstlich gewillt seid, eure Forderungen durchzuführen, benutzt die günstige Geschäftszeit, beachtet zu diesem Zwecke die gefaßten Beschlässe und erfüllt die daraus erwachsenden Pflichten.

Die Kollegen in Offenbach, Wien, Leipzig, Dresden eruchen wir, sich mit unserer Bewegung solidarisch zu erklären. Die Verhältnisse liegen dort so wie hier; wir leiden alle unter ein und demselben System; darum, Ihr auswärtigen Kollegen, appellieren wir an Euer Klassen- und Solidaritätsgefühl, und in diesem Kampfe zu unterstützen, denn unser Sieg ist auch der Euerer!

Um es jedem Kollegen leicht zu machen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, machen wir darauf aufmerksam, daß in folgenden Postalen Poststellen eingerichtet sind:

1. bei Bergner, Annenstr. 16, 2. Wählich, Adalbertstraße 4, 3. Cohn, Douthstr. 21, 4. Reichert, Friedrichstraße 34, 5. Werner, Bischofstr. 59, 6. Steinert, Müllerstraße 7a (Wedding), 7. Schünemann, Stein- und Gornemannstraße 8, 8. Wiedemann, Blumenstr. 33, 9. Friederich, Eisenbahnstr. 20, 10. Kummer, Niddar, Berlinerstr. 55; 11. beim Kollegen Höhe, Böckstr. 8, Luergebäude 3 Tr., 12. bei Heindl, Kottbuserdamm 39, Hof rechts 1 Tr. zu jeder Tageszeit geöffnet. Die Poststellen sind regelmäßig Sonnabends geöffnet und zwar: Poststelle 1 von 7—9 Uhr, Poststelle 10 von 9—10 Uhr, alle anderen von 8—10 Uhr.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses Aufrufs gebeten.

Die Lohnkommission der Leder- und Galanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Seit 14 Tagen sehen wir im Ausland, um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Diese Forderung ist uns mehr berechtigt, weil ein großer Theil der im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter, die Seher und Maschinenmeister, diese Forderung schon bewilligt erhalten haben. Nun wir, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit derselben Forderung herantreten sind, ruft man uns von Seiten der Prinzipale zu: Euer Vorgehen ist frevelhaft, so etwas ist in der Geschichte der Buchdruckerbewegung noch nicht dagewesen; nun, das kann nur ein Ansporn für uns sein, fest zusammen zu stehen, und um das zu können, appellieren wir an Euer Solidaritätsgefühl! Arbeiter und Arbeiterinnen, beweist auch diesmal, wie schon oft, daß Ihr mit für uns eintretet, wenn es gilt, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erringen. Ein großer Theil unserer Kollegen und Kolleginnen — zusammen 900 — arbeiten bereits unter den neuen Bedingungen und 220 sind noch unterzubringen. In 8 Druckerien haben die Prinzipale erklärt, die Ausständigen nicht wieder einzustellen, sie haben dafür Blumenmädchen und andere angenommen, welche angelehrt werden und so unsere gute Sache schädigen. An Euch richten wir die dringende Bitte, die, welche an die Stelle der Ausständigen getreten sind, auf ihr Solidaritätsgefühl aufmerksam zu machen, denn dadurch wird es nur möglich sein, daß wir unsere Forderung voll zur Geltung bringen! Die Streik-Kommission der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. (Bureau: Annenstr. 16).

Die Lohnbewegung der Schuhmacher Berlins ist insofern in ein neues Stadium getreten, als die von den Meistern in der Mittwoch-Versammlung beschlossene Entlassung sämtlicher Gesellen, welche nicht innerhalb dreier Tage die Arbeit wieder aufnehmen würden, nunmehr thatsächlich erfolgt ist. Diese Maßregel ist aber lediglich ein Schlag ins Wasser und zeigt deutlich die Verlegenheit der Meister. Die hochmüthigen Schuhmachermeister der Friedrichstadt bitten nun um die Unterstützung der kleinen Innungs-Kollegen, auf die sie sonst mit Geringschätzung herabsehen. Wir wissen nicht, ob diese kleinen Meister ihren so günstig gestellten Konkurrenten beistehen werden, eruchen aber alle bei denselben beschäftigten Kollegen, ihr Augenmerk darauf zu richten, welche Arbeit sie machen. Wir appellieren an ihr Solidaritätsgefühl, jede fremde Arbeit zurückzuweisen. Daß die Meister zu solchen Mitteln greifen, beweist die Unhaltbarkeit ihrer Lage und sichert uns den glücklichen Ausgang des Lohnkampfes. Die bürgerlichen Zeitungen, allen voran die „Vossische“, strohen von unwahren Berichten über unsere Bewegung. Ihre Versammlungsberichte sind tendenziös entstellt. Unter anderem schreibt diese Presse, daß die Gesellen auskömmliche Löhne von durchschnittlich 80 M. die Woche und darüber bezögen. Demgegenüber können wir nachweisen, daß der erste Arbeiter des kaiserl. Hoflieferanten Aufsat einen Jahresverdienst von 890 M. hatte und ein bevorzugter Gehilfe des Schuhmachermeisters Gottwald, Unter den Linden, einen solchen von 998 M. Um die elenden Löhne aufgebessert zu bekommen, blieb den Schuhmachern kein anderes Mittel als der Streik. Wir werden diesen Kampf für unsere gerechten Forderungen auch fernerhin mit allem Nachdruck durchführen. Das Streikbureau befindet sich wie bisher im Restaurant Freigang, Schützenstr. 18/19. Sendungen sind zu richten eben dorthin an August Adamczek. Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

An die Maurer Berlins! Den Kollegen zur Kenntnis, daß am Montag auf folgenden Bauten die Arbeit niedergelegt worden ist: Behrenstraße bei Sachmann u. Zaubler 17 Mann, Mantelstraße bei Mathens 35 Mann. Auf beiden Bauten sollte von Montag ab wieder 10 Stunden gearbeitet werden. In der Schützenstr. 14 wurden 5 Kollegen Montag früh gemahregelt; die anderen 13 Maurer legten am Mittag die Arbeit hin, nachdem der Polizei sich entschieden geweigert hatte, die Gemahregelten wieder einzustellen. Wir eruchen alle Kollegen um solidarisches Handeln und strenges Vermeiden des Zuganges nach diesen Arbeitsstätten. Die Lohnkommission der Maurer.

Der Verein der Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend theilt uns mit, daß der Direktor der Weißbierbrauerei vormals Hilsbein, Kopenstr. 68, wo im vorigen Jahre der 1. Mai freigegeben worden war, diesmal einen Arbeiter entlassen habe, weil dieser den 1. Mai feierte.

Eine internationale Konferenz der Lederarbeiter wird am 8. August in Berlin im Marienbad, Badstr. 35/36, abgehalten. An diese schließt sich am 9. August und folgende Tage die Generalversammlung der Lederarbeiter Deutschlands an.

Die Delegirten der Gewerkschafts-Kommission, welche noch im Besitze von Sammellisten für den jüngsten Ber-

liner Stellmacher-Streik sind, eruchen wir, die Listen bis spätestens Sonnabend, den 16. d. Mts., auf dem Bureau der Gewerkschafts-Kommission abzuliefern. Die Lohnkommission der Stellmacher. J. A. B. Schwarz, Kirchstr. 27.

Der Streik in der Schäftfabrik von Loges und Bernede in Bernau dauert unverändert fort. Der Fabrikant hat bis heute jede Unterhandlung mit seinen Arbeitern abschlägig beschieden, auf der andern Seite sagt er durch Annoncen Streikbrecher heranzuziehen. Wir eruchen daher die Kollegen, sich durch solche Annoncen nicht verlocken zu lassen. Geldsendungen und Zuschriften sind zu richten an A. Schneider, Wallstr. 2 in Bernau. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

In Wittstock tagte am 4. Mai eine Versammlung von Textilarbeitern, um die Gründung einer Zählstelle des Verbandes der deutschen Textilarbeiter vorzunehmen. Es traten auch sofort 70 Personen dem Verbands bei. Als der Herr Kommerzienrath Wegener durch die Hirsch-Dunker'schen davon unterrichtet wurde, entließ er sofort die Gründer der Zählstelle. Weitere Maßregelungen sollen folgen.

30 Sammellisten für den Kottbuser Streik sind aus unbekanntem Gründen in Guben polizeilich beschlagnahmt worden.

Beim Maurerstreik in Töbels i. S. handelt es sich um einen Mindest-Stundenlohn von 32 Pf., den Jehnstundentag und um die achtstündige Lohnzahlung, welche Forderungen die Unternehmer nicht bewilligen wollen.

Beim Maurerstreik in Gera haben die koalirten Ziegeleibesitzer Partei für die Unternehmer in der Weise genommen, daß sie an solche Bauunternehmer keine Ziegel mehr liefern, die den von den Maurern verlangten Jehnstundentag bewilligt haben.

In Dortmund ist der Tischlerstreik beendet. Ist auch kein voller Sieg erreicht, so haben doch selbst die Meister, die die Forderungen nicht bewilligten, die Arbeitsbedingungen etwas aufgebessert.

Eine Konferenz der Schneider und Schneiderinnen beider Pessen und Rassaas wird Sonntag, den 7. Juni, von vormittags 10 Uhr in Frankfurt a. M. im Lokal „Zum grünen Wald“, Allerheiligenstr. 26b, abgehalten.

Die Maser Posen's ließen im April den Meistern eine Reihe Forderungen durch die Lohnkommission unterbreiten; verlangt wurde u. a.: der Jehnstundentag, 35 Pf. Minimal-Stundenlohn für die Gehilfen und 25 Pf. für die Streicher, höhere Entschädigung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit, Abschaffung der Akkorarbeit. Der „Bundes-Innungsmeister“ Gustav Pohl erwiderte auf das Schreiben: „Würde gern mit Ihren Anforderungen einverstanden sein, wenn der Gehilfe 100, der Schmirer 50 M. Kaution hinterlegt, da ich sonst keine Garantie habe für verpöschte Arbeiten. Unsere Gehilfen verdienen nicht 20 Pf. die Stunde, weil dieselben nichts verstehen, mithin laß ich mir für 40 Pf. die Stunde Düsseldorf's Kautionen kommen, und zu Streichern, auch Gerüstbauern bilde ich mir vom Dorje Knechte mit 1,50 M. pro Tag aus. Für ferner bitte ich, mich mit dertartigen Dummheiten zu versehen.“

Es versteht sich, daß in Posen an guten Arbeitskräften kein Mangel ist. Abgesehen davon, wer trägt denn die Hauptschuld an mangelhafter technischer Ausbildung der Arbeiter? Zweifellos doch die Meister selbst, die, anstatt ihren Lehrlingen etwas ordentliches zu lehren, sie vielfach als weiter nichts denn als billige Arbeitskräfte ausnützen.

Gewerkschafts-Presse. In Wien erscheint seit 6. Mai ein neues Fachblatt, betitelt „Freie Stimmen aus der Gewerkschaft des Buch-, Kunst- und Musikalienhandels“. Jährlich erscheinen 10 Nummern. Bei direkter Zustellung durch die Post kostet das Blatt jährlich 1 fl. in Oesterreich, 2 M. im Ausland. Redakteur und Verleger ist Hugo Heller, Wien VI., Gumpendorferstr. 8. Ebendasselbst befindet sich die Administration.

Der Streik der Metallarbeiter der Firma Bolzano, Ledesco u. Comp. in Schlan in Böhmen dauert fort. Da die Firma sich absolut nicht auf Unterhandlungen einlassen will, wollen die Ausständigen lieber anderwärts ihr Brot suchen, als zu den früheren Bedingungen in Arbeit treten. Sie bitten die deutschen Arbeiter aller Branchen des Maschinenwesens, ihnen, den tschechischen Berufsgenossen, sowohl durch Fernhaltung des Zugangs wie durch finanzielle Unterstützung treu beizustehen. Gelder sind zu senden an die österreichische Gewerkschaftskommission, per Adresse Hueber, Wien VI., Kopernikusgasse 12.

Die Handlanger und Maurer in Biel (Schweiz) haben ihren Streik nach mehrwöchiger Dauer erfolgreich beendet und bereits am vorigen Donnerstag mittags wieder die Arbeit aufgenommen. Erlämpft wurden der Jehnstundentag, Stundenlohn von 35 bis 45 Cts. für Steinbrecher, von 45 bis 55 Cts. für Maurer, für weniger geübte Maurer 35—45 Cts., für Handlanger von 32—40 Cts., für Pfalterburschen von 22—30 Cts.; der Lohnzuschlag für Ueberzeitarbeit beträgt 25 pCt., für Arbeiten im Wasser je nach der Art der Arbeit und der Jahreszeit 50 Cts. bis 1 fr. per Tag. Lohnzahlung ist aller 14 Tage. Die vorläufige Dauer der Ueberzahlung beträgt ein Jahr. Sämtliche Streikende sind wieder einzustellen. Die Handlanger hatten vier, die Maurer drei Wochen gestreikt. Sie sind mit ihrem Erfolg zufrieden. Auch die Bauunternehmer wie das Publikum sind froh, daß der Streik beendet ist.

In Stockholm streiken die Gasarbeiter.

Deyeschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 12. Mai. (Privat-Mittheilung des „Vorwärts“.) Die gestern Abend hier von ungefähr 2000 Buchdruckern abgehaltene Versammlung war in ihrer Grundstimmung für die Zurückziehung des Gehilfenvertreter von den am 15. d. M. stattfindenden Innungsverhandlungen als richtige Antwort darauf, daß die Leipziger Innung und andere Prinzipale die Versprechungen des Prinzipalvertreter, ab Anfang Mai den neuen Tarif einzuführen, nicht eingehalten haben. Die Versammlung nahm eine Resolution des Kollegen Gajch einstimmig an, wonach der Tarif nur von Jahr zu Jahr zu gelten hat und die Schaffung eines Tarifantes und einer tarifischen Nebenorganisation (gemeinsame Kasse und Arbeitsnachweise, ständige Tarifkommission) aufs entschiedenste abzulehnen ist, weil die Pflege des Tarifwesens Sache der beiderseitigen Organisationen sei. Der Gehilfenvertreter Nibel legte, da er die Durchsetzung dieser Resolution für aussichtslos hielt, sein Amt nieder, erklärend, daß er den Verhandlungen nicht beiwohnen (Gehaltener Belfall) und auch die Konsequenzen des Beschlusses ziehen und seine übrigen Meiner niederlegen würde.

Rotterdam, 12. Mai. (M. I. B.) Die Polizei, eine Abtheilung von 80 Marinisoldaten und die Bürgergarde, welche letztere um 5 Uhr früh unter die Waffen gerufen worden war, sperrten sämtliche Quais und Häfen an der Maas ab, damit die nichtausständigen Schiffsentlader unbehelligt arbeiten können. Die Ausständigen durchziehen alle nicht abgesperrten Theile der Stadt. Erstliche Anreden sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Alexandrien, 12. Mai. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Gestern sind hier 29 Personen an der Cholera gestorben; 28 an Cholera erkrankte Personen befinden sich noch in ärztlicher Behandlung, 3 sind geheilt. In Kairo ist kein weiterer Cholerafall zu verzeichnen.

Reichstag.

89. Sitzung vom 12. Mai 1896. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Graf Posa, Dowst, v. Hammerstein.

Eingegangen sind zwei Gesehentwürfe wegen Aenderung des Gesetzes von 1891, betr. die kaiserliche Schuhtruppe für Deutsch-Ostafrika, und des Gesetzes von 1895, betreffend die kaiserlichen Schuhtruppen für Süd-, West-Afrika und Kamerun; ferner der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Japan.

Die zweite Berathung des Zuckerversteuer-Gesetzes wird fortgesetzt, und zwar beim § 70, Ausfuhrzuschüsse. Nach der Vorlage sollten dieselben betragen für rohen Zucker von 90-98 pCt Zuckergehalt 4 M., für raffinierten Zucker von mindestens 99 1/2 pCt. Zuckergehalt 5,25 M. und für alle übrigen Zucker von mindestens 98 pCt. 4,60 M. Die Kommission hat die Prämien auf 2,50 M. bzw. 3,55 M. und 3 M. herabgesetzt.

Abg. Warth (ref. Vg.): Die Prämie war eine Begünstigung der Ausfuhr. Jetzt ist die ganze Prämie nur eine Art Liebesgabe. Die Zuckerfabrikanten werden die Möglichkeit haben, einen um 22 Millionen höheren Ertrag von ihrer Produktion zu erzielen. Die Konsumenten bezahlen diese Liebesgabe; das ist nicht und bloß die Liebesgabe, für die es gar keinen stichhaltigen Grund gibt, jedenfalls nicht in der gegenwärtigen Preislage. Seit 20 Jahren haben wir zwei große Zuckerkrisen gehabt, 1884-85 und 1894-95. Die erstere ist nicht so schnell vorübergegangen, wie die letztere; sie hat trotzdem einen Aufschwung der Zuckerindustrie nicht hindern können; die Dividenden der Zuckerfabriken erreichten eine geradezu sprichwörtliche Höhe. Von einer permanenten Krise kann man also gar nicht reden. Man sollte mit der Erhöhung der Prämien wenigstens warten, bis später einmal eine Produktionskrise wirklich vorhanden ist. Redner bestreitet, daß Deutschland am Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei. Deutschland war bisher schon der Hauptlieferant für den Weltmarkt; wenn es seine Prämien erhöht, wird Frankreich folgen und ebenfalls eine Erhöhung der Prämien eintreten lassen. Graf Posadowsky hatte nichts dagegen einzuwenden, daß die Kontingentalen auf ihre Kosten den Engländern billigen Zucker liefern. Frankreich kann für sein kleines Exportquantum viel eher eine höhere Prämie zahlen als Deutschland für seine neunfach so große Exportmenge. Die Erhöhung der Prämien wird die Produktion vermehren und damit die Preise drücken und schließlich wird auch die inländische Produktion durch die verkehrten Maßregeln geschädigt werden. Bei einem solchen Gesetz, bei welchem man jedem Beteiligten nachrechnen kann, wieviel Vortheil er davon hat, sollte man doppelt vorsichtig sein, damit das Volk nicht zu dem Glauben kommt, daß die politische Moral im Sinken begriffen ist. (Zustimmung links.)

Abg. von Frege (L.): Der Vordrucker hat die Verhältnisse der Zuckerfabrikation und des Zuckereports wohl ganz richtig dargestellt, aber von der Lage des Rübenbaues hat er nichts erwähnt und darauf kommt es hauptsächlich an. (Sehr richtig! Recht.) Der Kartoffel- und Getreidebau rentirt nicht mehr, die Landwirtschaft ist auf den Rübenbau angewiesen, der bei den niedrigen Zuckerpreisen auch nicht genügende Erträge giebt. Die Beschränkung des Rübenbaues würde hunderte von fleißigen Händen auf dem Lande arbeitslos machen.

Abg. Meyer-Danzig (Rp.) schließt sich dem Vordrucker an. Abg. Graf Bernstorff-Metz (Welsch): Wir sind sonst keine Freunde solcher künstlichen Mittel, aber wir sind der Meinung, daß die Zuckerindustrie und der Rübenbau besonders einer Unterstützung würdig sei. Die Vorlage ist darauf berechnet, einer wiederkehrenden Krise die Spitze abzubreaken.

Abg. Baasche (nat.): Die Prämien reizen zur Ueberschneidung an und diese bringt die billigen Preise für die Konsumenten. Hätten wir höhere Prämien, so würde man sich mit Frankreich und Oesterreich schneller einigen über die Abschaffung der Prämien. Aber wir hatten bisher nichts zu bieten.

Abg. Richter (ref. Sp.): Wenn die an der Sache interessierten Herren Reichstags-Abgeordneten sich gestern der Abstimmung enthalten hätten, dann wäre die Betriebssteuer gefallen. (Hört, hört! links. Lebhafter Widerspruch rechts. Zurufe: Die Biersteuer!) Von der nothleidenden Zuckerindustrie sollte man doch nach den jetzt bekannt werdenden Abschüssen nicht mehr reden. Redner führt eine Fabrik an, welche so gute Geschäfte gemacht hat, daß sie statt 6000 Morgen im abgelassenen Jahre im bevorstehenden Jahre 6800 Morgen mit Rüben bebaut. Die Rübenbauer sind zur Hälfte an den Zuckerfabriken als Aktionäre beteiligt. Wird durch die Kontingentirung eine Beschränkung des Rübenbaues eingeführt, so haben darunter in erster Linie Kauf-Rübenbauer zu leiden. Die Zuckerpreise steigen, die Produktionskosten vermindern sich durch die Fortschritte der Technik. Die Engländer haben den Vortheil, daß sie auf Kosten der deutschen Steuerzahler den Zucker so billig haben, daß, wer in London ein Pfund Thee kauft, ein Pfund Zucker geschenkt bekommt. (Heiterkeit.) 30 Millionen Markt beträgt die Belastung der Konsumenten, zum Theil zu gunsten des Fiskus, der auch einen Schnitt dabei macht. Deshalb ist eine Herabsetzung der Konsumabgabe von 21 auf 20 M. durchaus angebracht.

Damit schließt die Diskussion. In namentlicher Abstimmung wird § 70 mit 159 gegen 110 Stimmen angenommen. Für denselben stimmen geschlossen die beiden konservativen Gruppen, die Antisemiten, die Welfen und die Nationalliberalen, ferner das Zentrum mit Ausnahme von ca. 20 bayerischen Abgeordneten, welche zum Theil gestern gegen die Kontingentirung gestimmt haben. Gegen den § 70 stimmen die Sozialdemokraten, die beiden freisinnigen Gruppen, die deutsche Volkspartei und die Polen. Der Abstimmung enthalten hat sich der Abg. v. Schöning.

Nach Art. II. soll die Verbrauchsabgabe von 18 auf 21 M. erhöht werden, während die Vorlage eine Erhöhung auf 24 M. vorgesehene hatte.

Abg. Richter hält entsprechend der Bemessung der Prämie auf 2,50 M. eine Verbrauchsabgabe von nur 20 M. für gerechtfertigt.

Art. II wird unverändert angenommen. Nach § 65 hat der über das Kontingent hinaus hergestellte Zucker einen Zuschlag von der Höhe der Ausfuhrprämie zu entrichten.

Diese Bestimmung wird angenommen. Nach § 68 der Kommissionsbeschlüsse soll der aus Melasse gewonnene Zucker eine Abgabe entrichten von der Höhe der Hälfte des Ausfuhrzuschusses.

Abg. Glacke und Genossen beantragen, die Abgabe in Höhe der Hälfte des Ausfuhrzuschusses nur zu erheben von dem Zucker, der innerhalb des Kontingents gewonnen wird; der darüber hinausgehende würde also nach § 65 mit dem Zuschlag in voller Höhe der Prämie belastet werden.

Abg. Müller-Fulda (Z.) beantragt, den § 68 der Kommissions-Beschlüsse zu streichen und dafür den § 68 der Vorlage anzunehmen, wonach mehrere in der Hand desselben Besitzers befindliche innerhalb einer Entfernung von zehn Kilometern von einander belegenen Fabriken als eine Fabrik angesehen werden,

soweit eine derselben vor dem Inkrafttreten des Gesetzes angelegt ist.

Abg. Köfke wendet sich gegen die Kommissionsvorschläge, welche die Melasse-Entzuckerungsanstalten belassen, die Entlastung neuer ähnlicher Fabriken verhindern und dahin führen werden, daß die Melasse-Fabriken keinen Abfah mehr für ihre Melasse finden werden. An der Erhöhung der Ausfuhrprämie haben die Melasse-Entzuckerungsanstalten kein großes Interesse, weil sie nicht exportieren. Es würde allem die Krone ausgekehrt werden, wenn man einen besonderen Fabrikationszweig der Zuckerindustrie noch besonders besteuern würde.

Abg. Müller-Fulda (Z.) schließt sich diesen Ausführungen an und beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Staatssekretär Graf Posadowsky bittet, für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu stimmen, denn es sei nicht Zweck des Gesetzes, eine Differenzirung einzuführen hinsichtlich der einzelnen Produktionsarten. Eine besondere Besteuerung des Melassezuckers wäre ein Eingriff in die Interna der Industrie.

Abg. Glacke (nat.) empfiehlt seinen Antrag, welcher allen Zucker, der aus Melasse gewonnen wird, gleichmäßig behandeln will.

Abg. Graf Schwerin (L.) erklärt sich namens seiner Freunde auch gegen eine besondere Besteuerung des Melassezuckers.

Abg. Meyer-Danzig (Rp.) hält es doch für nothwendig, die Melasse-Entzuckerungsanstalten nicht in den Genuß der erhöhten Prämie zu setzen, sondern bei dem jetzigen Zustande zu lassen.

Badischer Ministerialdirektor Scherer spricht sich ebenfalls für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage aus.

Abg. Richter (ref. Sp.): Es müßte alles abgelehnt werden, selbst der Antrag Glacke, der nicht die Melassebesteuerung beseitigt, sondern nur die Verschiedenartigkeit derselben; der Antrag würde eine Strafe darauf setzen, daß man die Rüben möglichst entzuckert durch weitere Bearbeitung der Melasse. Das ist ein kulturwidriges Vorgehen. Der Antrag des Grafen Schwerin würde ein Extrem nach der anderen Richtung sein, denn er würde eine Prämie setzen auf die Entzuckerung der Melasse und die Ueberschneidung noch mehr vermehren.

In namentlicher Abstimmung wird der § 68 nach dem Antrage des Abg. Glacke mit 162 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmen die Reichspartei und die Polen geschlossen, die Deutschkonservativen mit Ausnahme der Abg. Graf Schwerin, Graf Limburg und v. Pöhl, die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abg. Bassermann und Blankenhorn. Gegen § 68 stimmen die Sozialdemokraten, die beiden freisinnigen Gruppen und die Volkspartei geschlossen, das Zentrum mit Ausnahme der Abg. Strzoda, Szynala und Benzler, die Antisemiten mit Ausnahme der Abg. Diebermann von Sonnenberg und Müller-Waldeck.

Die §§ 66, 67 und 69 werden ohne weitere Debatte mit einigen redaktionellen Aenderungen genehmigt.

Um 6 1/2 Uhr wird die weitere Berathung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch beriet in ihrer Sitzung am Dienstag die §§ 1465-1609 des Entwurfs. Die Paragrafen bis 1546 betreffen das Väterrecht, die bis § 1566 die vermögensrechtlichen Folgen der Ehescheidung, §§ 1567 und folgende regeln die Vormundschaft, die Alimentationspflicht der Verwandten (§§ 1519-1593) und die rechtliche Stellung der ehelichen Kinder (§§ 1594-1600). Es stellte Abg. Gröber eine Reihe Anträge, die auf eine noch größere Abhängigkeit der Kinder von den Eltern abzielten. Die Anträge wurden abgelehnt. Eine Reihe Anträge, die die Genossen Städtgen und Frohme stellten, um die elterliche Gewalt der Mutter der des Vaters gleichzustellen, wurden gleichfalls gegen ihre Stimmen und die der Freikonservativen abgelehnt. Auch der Antrag, folgenden ungenehrenden Abschluß des § 1566 zu streichen:

„zwischen einem unehelichen Kinde und dessen Vater besteht keine Verwandtschaft“ wurde von der Kommission abgelehnt.

Die Kommission vertagte um 2 Uhr ihre Beratungen auf Mittwoch. Wahrscheinlich werden in dieser Sitzung bereits die Bestimmungen über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder zur Verathung gelangen. Unsere Vertreter haben eine Reihe Aenderungsanträge auch zu diesem Abschnitt gestellt.

Die Petitionskommission des Reichstags beschäftigte sich in der letzten Sitzung unter anderem mit der Petition eines hiesigen „Frauenvereins“, welche die Zulassung der Frauen zum Universitäts-Studium befürwortete. Der Referent Abgeordneter Vogt hatte die Hinzuziehung eines Regierungskommissars beantragt, um den Standpunkt der Reichsregierung, namentlich in bezug auf die Universität Straßburg i. Elsaß, kennen zu lernen. Der Referent stellte sich durchaus auf den Standpunkt der Petition, welche das natürliche Recht der Frauen auf diesem Gebiete verlange. Der Regierungskommissar erklärte, daß die Reichsregierung dem Studium seitens der Frauen nicht abgeneigt sei, die Frage unterstehe jedoch nicht der Kompetenz des Reichs, auch die Universität Straßburg sei Landes-Universität und ein solches Gesuch, wie das vorliegende, sei an die betreffenden Landesbehörden zu richten.

Die Debatte ergab u. a. die Thatsache, daß auch die preussische Unterrichtsverwaltung dem Gegenstand der Petition nicht abgeneigt sei; da fernerhin kürzlich in Berlin acht junge Mädchen das Abiturienten-Examen mit gutem Erfolge bestanden haben, wird auch die preussische Unterrichtsverwaltung sich vor die Frage gestellt sehen, wie sie sich praktisch zum Universitätsstudium weiblicher Studenten verhalten soll. — Nachdem sich bereits zwei deutsche Universitäten, Heidelberg und München, den Frauen geöffnet haben. Da die thatsächlichen Verhältnisse den Erklärungen des Regierungskommissars formell Recht geben, trat in der Berathung der Wunsch hervor, wenigstens eine offizielle Erklärung der Regierung im Plenum herbeizuführen, und wenngleich die in der Kommission laut gewordenen Stimmen sämtlich der Petition zustimmten, konnte doch nur der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen werden und wurde der Berichterstatter mit Abfassung eines schriftlichen Berichtes an das Plenum beauftragt! —

Lokales.

Die Parteigenossen des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises werden ersucht, sich zu der am Dinnelfahrtstage stattfindenden Herrenpartie zahlreich einzufinden. (Siehe Inserat.)

Zu den Löhnen der städtischen Gasanstalts-Arbeiter wird in dem neuesten, das Jahr 1894/95 behandelnden Bericht des Magistrats über die Verwaltung der städtischen Gaswerke bemerkt: „Die seit 1. April 1890 bestehenden Lohnsätze haben auch im Rechnungsjahr 1894/95 eine Veränderung nicht erfahren, und sind zu diesen Sätzen stets Arbeitskräfte zu beschaffen ge-

wesen.“ Der Bericht für 1893/94 brachte eine ziemlich gleichlautende Bemerkung. Sie soll beweisen, daß die Löhne der städtischen Gasanstalts-Arbeiter hoch genug sind. Etwas offener äußerte sich über diesen Punkt der Bericht für 1892/93: Die Lohnsätze seien nicht geändert worden, da die letzten Lohnerhöhungen „vollständig ausreichend“ gewesen seien, um zu jeder Zeit die für den Betrieb der Anstalten erforderliche Anzahl von Arbeitern zu den verschiedenartigen Leistungen einstellen zu können.“ Hierin liegt das Eingeständnis, daß man auch bei der Verwaltung der städtischen Gaswerke die Löhne für hoch genug hält, solange sich noch Arbeiter genug finden, die dafür arbeiten wollen. Nun ist aber gerade bei den Gasanstalten durch die Art ihres Betriebes dafür gesorgt, daß kaum jemals Mangel an Arbeitern eintreten kann. Im Sommer, wenn die Zahl der Arbeitslosen sich verringert und das Angebot von Arbeitskräften nachläßt, entlassen die Gasanstalten einen Theil ihrer Arbeiter, weil sie ihren Betrieb einschränken; im Winter dagegen, wenn sie wieder mehr Arbeiter einstellen müssen, strömt ihnen ein Heer von Arbeitsuchenden zu. Sie können sich also, auch wenn sie „Saison“ haben, ihre Arbeiter mühe- und ohne Lohnerhöhung beschaffen. Im Bericht für 1891/92 wurde auf diesen vortheilhaften Umstand direkt hingewiesen, indem die Behauptung, daß für 1891/92 sich eine weitere Steigerung der Löhne nicht als nothwendig ergab“, damit zu begründen versucht wurde, daß selbst in den Wintermonaten bei steigendem Betriebe „stets eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften zur Verfügung stand“. Die Verwaltung der städtischen Gaswerke billigt, wie es scheint, den Grundfah privater Arbeitgeber, die bei ihren Arbeitern jedes Gefühl nach Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf das übergroße Angebot von Arbeitskräften zu unterdrücken suchen.

Irthümlich scheint die kürzlich durch die Blätter gegangene Mitteilung zu sein, daß die Polizeibehörde eine Verkürzung der Arbeitszeit der Omnibus-Angestellten erwirkt habe. Wie uns von Beamten der neuen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft berichtet wird, ist von einer Verkürzung oder Erleichterung des Dienstes bislang in keiner Weise die Rede gewesen. Die Angestellten des ersten Wagens haben morgens 5 Uhr 15 Minuten auf dem Depot zu sein. Dann beginnt die Reinigung der Scheiben, des Messingzeugs und der Lampen, welche Arbeit 5 Uhr 45 Minuten beendet sein muß. Darauf fährt der Wagen nach dem Halteplatz, von wo Punkt 6 Uhr die Abfahrt beginnt. Die Fahrten erreichen abends 10 Uhr 30 Minuten ihr Ende, und wenn der Wagen ins Depot gebracht und die Abrechnung erfolgt ist, hat die zwölfte Stunde gewöhnlich schon begonnen. Entsprechend später haben die folgenden Wagen ihre Touren beendet; die letzten Angestellten verlassen um 1/2 Uhr nachts das Depot. Die Arbeitszeit der Kutscher und Schaffner dauert mithin ohne von einer Mittagspause sonstigen längerer Pause unterbrochen zu sein, gegen achtzehn Stunden täglich. Das Mittagessen muß in einer der acht oder zehn Minuten während der Haltepausen hinuntergewirgt werden. Eine derartige Ausbeutung findet statt bei einem Gehalt, das sich für Schaffner anfangs auf 75 M. und für Kutscher auf 80 M. monatlich beläuft. Freie Tage haben die Kutscher fünf und die Schaffner vier im Monat! — Hat die Behörde keinerlei Machtmittel zur Hand, um es zu verhindern, daß die Neue Omnibus-Gesellschaft sowohl mit der Gesundheit der Angestellten als, was doch mindestens einschlaggebend sein sollte, durch die unverantwortliche Ausbeutung der Leute auch mit der Sicherheit des Publikums ein geradezu freudloses Spiel treibt?

Für die Gewerbe-Aufsichtsbeamten hat jetzt der Minister für Handel und Gewerbe Anordnungen herstellen lassen, welche in Zukunft von den Beamten der ganzen Monarchie zu führen und auf denen folgende Anordnungen enthalten sind: Nach den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung stehen dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten bei Ausübung ihres Dienstes alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision gewerblicher Anlagen zu. Sie sind vorbehaltlich der Anzeige von Geschwindigkeiten zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Revision unterliegenden Anlagen verpflichtet. Die amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes gestatten. Wer die Gewerbe-Aufsichtsbeamten an der Ausübung der ihnen obliegenden Revisionen hindert, wird, sofern er nicht nach §§ 113 und 114 des Strafgesetzbuches schwerere Strafen verwirkt hat, mit Geldstrafe bis zu 30 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Ueber die Lage der Kellnerinnen auf der Ausstellung verbreitet folgender Vorkall einiges Licht: Der Restaurateur Brichner, wohnhaft in Berlin, Fiedrichstr. 99, hat in der Ausstellung Kairo ein Restaurant, in dem er bayerische Kellnerinnen beschäftigt. Unter anderen waren auch Frau Gaffner und Amalia Reisinger für ihn durch die Kommissare Wolf und Schauer in München angeworben worden, und zwar unter folgenden Bedingungen: „Jede Lohnentschädigung wurde ausgeschlossen, jedoch verpflichtete sich Brichner, freie Kost zu gewähren und für ein billiges Nachtlager Sorge zu tragen. Die Reisekosten hatten die Mädchen selbst zu tragen. Sie wurden verpflichtet, einige Tage vor dem 1. Mai sich in Berlin vorzustellen und bayerische Kostüme mitzubringen, die sie sich auf ihre eigenen Kosten zu beschaffen hatten. Der von ihnen unterzeichnete Vertrag lautete auf die Dauer der Ausstellung. Falls sie bis zum Schluß ausblieben, sollten sie Extragrattifikationen von 50 bis 100 M. bekommen. Besonders hatte eine Postkarte Brichners die Kellnerinnen vor allem verlockt, nach Berlin zu kommen; es war darauf zu lesen, daß man hier viel Geld verdienen könne, und daß er glaube, den Mädchen einen täglichen Verdienst von 10 M. garantiren zu können. Nachdem diese am 25. April eingetroffen waren, wurden sie bis zum 1. Mai verschiedenartig beschäftigt, wofür ihnen nur etwas Kaffee und ein paar Brutterbrot als Entgelt gereicht wurden. Vom 1. Mai ab begann dann ihre eigentliche Verthätigkeit. Aber auch jetzt gingen ihre Erwartungen nicht in Erfüllung; sie wurden vielmehr arg enttäuscht. Das billige Logis, welches ihnen versprochen war, bestand in einem einstufigen, sogenannten Berliner Zimmer im Hause des „Brotgebers“, (man denke: in der Fiedrichstraße) und dies mußten sie mit noch vier ihrer Kolleginnen sich theilen. Jede hatte pro Nacht 60 Pfennige zu zahlen, wofür sie dann noch — wie gnädig! — zur und von der Ausstellung in einem von Brichner besorgten Kramfer fahren durften. Dann ließ das Publikum sehr auf sich warten, so daß der Trinkgelde-Verdienst, auf den die Mädchen angewiesen waren, fast gänzlich ausblieb. Herr B. ließ sich herbei, jeder 40 M. Vorschuh zu geben. Die vertragmäßige Kost wollten ihnen auch nicht recht bekommen; sämtliche Kellnerinnen und Büffetmamsells führten darüber Klage und einige wiesen das Essen überhaupt zurück. Der Uebel wurde darob noch böse und meinte, wenn es nicht schmede, der könne gehen, erst müßten aber die Schulden, nämlich der Vorschuh zurückgezahlt werden. Als am 6. Mai das Essen gar zu ungenießbar war, wandten sich die Mädchen an einen Gendarmen, der sie an den in Kairo angestellten Arzt wies; letzterer wollte sie hinwiederum zum bayerischen Gesandten schicken, ohne selbst etwas in der Sache zu thun. Dieser Umstände wegen verzichteten die beiden oben-

genannten Mädchen auf eine behördliche Verfolgung der Sache. Sie zogen es vor, einigen Freundinnen in der Gewerbe-Ausstellung ihr Leid zu klagen und bei ihnen anzufragen, ob diese sie nicht anderweitig unterbringen könnten. Zum Glück ging die Karte als unbestellbar zurück und fiel dem Herrn Richter in die Hände; derselbe entließ darauf die „Kuffassigen“, und jagte sie, so wie sie standen und gingen, das heißt in bayerischen Nationalkostüm, auf die Straße, nachdem er zum Zwecke der Wiedererlangung seiner 40 M. vergänglich die Polizei in Anspruch genommen hatte. Der betr. Reviervorstand verzichtete darauf, sich in Privatangelegenheiten zu mischen. Die Kleider und Wäsche der Mädchen behielt er zurück. Glücklicherweise hatten diese in Charlottenburg Bekannte, sonst wären sie vollständig obdachlos und mittellos gewesen. Die eine mußte sich erst ein Jackett borgen, um wenigstens etwas gegen Zudringlichkeit auf der Straße geschützt zu sein. Das Gewerbegericht war die letzte Zuflucht beider. Hier wurde ein Vergleichsvertrag gemacht, nachdem Assessor v. Schulz und der Vertreter der Klägerinnen, Herr Weigert, dem Beklagten tüchtig ins Gewissen geredet und ihm die gesetzliche Unzulässigkeit seiner Handlungen, auch der Unterschlagung jener Karte, plaufibel gemacht hatten. Der angeführte Vergleich kam dann auch zu Stande. Der Beklagte verpflichtete sich, jeder Klägerin die halben Anfahrtskosten ihres Nationalkostüms mit 25 Mark und die Reisekosten dritter Klasse für Hin- und Rückfahrt zu erstatten, sowie die einbehaltenen Sachen im Werte von je 200 M. herauszugeben und auf die Wiedererstattung des Vorschusses zu verzichten. Das Geld wurde unter der Bedingung hinterlegt, daß die Willeits zur Rückfahrt vom Gericht zu besorgen und den Mädchen mit dem Rest auszuhändigen seien. — Das Gericht wird, wie wir hören, bei allen in betracht kommenden Behörden Schritte thun, um ähnlichen Vorkommnissen wie dem berichteten vorzubeugen.

Große Unzufriedenheit herrschte, wie uns von Augenzeugen berichtet wird, am Sonntag Nachmittag auf der Haltestelle Baumhulsenweg an der Östlicher Bahn. Mit Genauigkeit hatte man vor acht Tagen wahrgenommen, daß endlich alle fahrplanmäßigen Züge dort hielten, nachdem man lange vergeblich darum petitionirt hatte. Als dann Anschläge der kgl. Eisenbahndirektion erschienen, nach denen aus Anlaß der Berliner Gewerbe-Ausstellung am Sonntag, den 10. Mai, und demnachst an den folgenden Sonn- und Festtagen bis auf weiteres noch besonders bezeichnete Sonderzüge verkehren und auf allen Zwischenstationen halten sollten, und die ankündigten, daß außerdem auf allen Vorortstrecken eine größere Anzahl von Bedarfs-Sonderzügen vorgesehen seien, die bei starkem Verkehr zur Beförderung gelangen würden, glaubte man sogar an eine noch weitergehende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Viele Leute nun, die sich aus diesem oder jenem Grunde am Sonntag die Ausstellung nur von außen ansehen konnten oder wollten, pilgerten nach Baumhulsenweg weiter in der sicheren Erwartung, von dort nach Berlin zurückfahren zu können. Dazu kamen Ausflüger von anderen Richtungen, jedoch sich eine große Menschenmenge vor der Haltestelle sammelte. Zwischen 4 und 5 Uhr harrten mindestens 1000 Personen der Beförderung. Da wurde zu aller Erstann um 4 1/2 Uhr die Fahrarten-Ausgabe gänzlich eingestellt, wie einige Fahrgäste wahrgenommen haben wollen, auf Grund einer Depesche an den Vorsteher der Haltestelle. Niemand wurde mehr bedient, alle mußten zu Fuß nach Berlin zurückkehren. Die Erbitterung darüber war um so größer, als Züge von Niederschuneweide leer ankamen und ohnehin gezwungen waren, zu halten, weil sie zum Ausstellungsbahnhof die Einfahrt nicht frei hatten. Man war der Meinung, daß es doch nicht angehe, zu Gunsten der Gewerbe-Ausstellung so ohne weiteres und so schroff in den Vorortverkehr einzugreifen, daß selbst die fahrplanmäßigen Züge, auf die man wenigstens sicher rechnen zu können glaubte, taufende von Ausflüglern einfach ins Stiche ließen. Die königliche Eisenbahndirektion vermochte uns auf Anfrage eine Aufklärung nicht zu geben; die betreffenden Anordnungen müssen also von einer anderen Stelle ausgegangen sein.

In der Gewerbe-Ausstellung wurde am Montag der Hofsaal, welcher an das Chemiegebäude angeschlossen ist, mit einem Vortrage des Herrn Prof. Witt über die Industrie des Glases eröffnet. In diesem Saale soll täglich, ausgenommen an Sonn- und Feiertagen, in der Zeit von 6—7 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pf. ein Vortrag aus dem Gebiete der Wissenschaft, oder Kunst, oder Industrie stattfinden, zu welchen sich eine Reihe hervorragender Vertreter der verschiedenen Zweige ohne Honorarforderung bereit erklärt haben. Von den Tausenden, welche in der Ausstellung waren, hatten sich in dem großen, für etwa 500 Zuhörer eingerichteten Saale noch nicht ganz 100 Personen eingefunden, unter denen sich wohl auch noch 10—20 an der Veranstaltung persönlich beteiligte Herren befanden.

Der Vortrag selbst war außerordentlich interessant und lehrreich. Herr Prof. Witt erläuterte an schönen Projektionsbildern die Herstellung der verschiedenen Glasarten, welche im wesentlichen aus Kieselsäure mit gewissen Metalloxyden bestehen und deren verschiedene Eigenschaften, die er zum Theil an Experimenten vorführte. Eingehend verweilte er bei dem wichtigen Krüppelprozeß, dessen Ausführung für die schmelzenden Eigenschaften des fertigen Glases von außerordentlicher Bedeutung ist; bei den großen optischen Gläsern dauert derselbe mehrere Monate.

Für uns von Interesse war auch eine Bemerkung, welche der Vortragende einfließen ließ, als er von der Herstellung der Spiegel, der Belegung der Glasplatten mit Quecksilber, der Gültigkeit dieses Stoffes und seiner Ersetzung desselben durch Silber sprach. Er führte an, daß man die Benutzung des Quecksilbers und die dadurch bedingte kurze Lebensdauer der betreffenden Arbeiter lange Zeit für ein nothwendiges Uebel der Industrie gehalten habe, und fuhr dann fort: Nothwendige Uebel der Industrie existieren nicht oder sind doch außerordentlich selten. Die beschränkende Hinzufügung zeigt, daß auch der Vortragende sich noch nicht zu der Aufklärung durchgerungen hat, daß sein erster Satz ganz allgemeine Geltung hat, und die sog. Nothwendigkeit von Uebeln der industriellen Thätigkeit lediglich in der Profitgucht der Unternehmer nicht aber in der Natur der Dinge begründet ist.

Bahnhof Ausstellung. Es dürfte bisher wenig bekannt sein, daß der am 27. April eröffnete Bahnhof Gewerbe-Ausstellung nicht als offizielle Station gilt und deswegen bei Berechnung des Fahrpreises außer betracht geht, insofern, als der übliche Stations-Tarif nach dorthin eine Gültigkeit nicht hat. Alle Fahrarten, die bis nach Treptow Gültigkeit haben, gelten auch nach Bahnhof Gewerbe-Ausstellung, sobald beispielsweise Personen vom Alexanderplatz aus für 10 Pf. bis nach Bahnhof Ausstellung als letzte Station fahren können. Ebenso haben alle Monatskarten, die nach Bahnhof Treptow lauten, auch von Bahnhof Ausstellung Gültigkeit.

147 000 Besucher hat die Gewerbe-Ausstellung am Sonntag gezählt.

Eine vierte Feuerwache ist seit einigen Tagen auf dem Gelände der Ausstellung errichtet worden. Dieselbe befindet sich im Nordpark, und zwar in der Nähe des Fischereigebäudes. Auf sämtlichen Feuerwachen haben jetzt auch Samariter der Feuerwehrgesellschaft Dienst.

Am Donnerstag werden für den Besuch der Ausstellung in Berücksichtigung des Himmelfahrtstages 50 Pfennige Entree erhoben. Der Sonntag für diese Woche fällt demnach aus.

In der Deutschen Gesellschaft für völkethümliche Naturkunde wird am Mittwoch, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Bürger-Saale des Rathhauses Herr Professor Dr. Schumann

einen öffentlichen Vortrag halten über: „Ameisenpflanzen“, verbunden mit Demonstrationen. Am Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr, findet eine Besichtigung des Botanischen Gartens statt unter Führung des Direktors Herrn Geh. Regierungsrath Professor Dr. Engler.

Unter den heißblütigen Töbchen der Wüste und den Anwohnern des Nils, den Arabern und Negyptern, entstand, wie die „Post“ meldet, am Montag Mittag in Kairo in den Unterkunftsräumen aus Eisersäckelei und wegen der Verpflegung eine große Prügelei, an der sich schließlich mit Ausnahme der Subanen fast sämtliche dortige Ägypter beteiligten. Die sich über eine Hand voll Reis in den Haaren liegenden Männer bearbeiteten einander in Ermangelung von Waffen, die ihnen wohlweislich abgenommen sind, mit Händen, Füßen, Zähnen und Gegenständen, die ihnen gerade zur Hand waren. Die Dolmetscher-Ausscher richteten, wie das Blatt weiter meldet, mit ihren Peitschen (H.) mit denen die rabiaten Kampfhähne sonst wohl zur Verwundung (H) gebracht werden können, nichts aus und riefen die Feuerwehre zu Hilfe, vor der die Fremdlinge einen heillosen Respekt haben sollen. Die Feuerwehre holte sich aus der Menge, die sich wie besessen geredete, die ärgsten Schreier heraus und sperrte sie ein. Dies half; ohne weitere Maßregeln wurden dann die beiden Parteien getrennt. Sie mußten nun aber noch besonders beaufsichtigt werden, damit die Prügelei nicht noch einmal losging.

Von der Gesellschaft „Ideal“ erhalten wir, unsere gestrige Notiz betreffend, eine Zuschrift, in der mitgeteilt wird, daß nachträglich von folgenden Unternehmungen auf der Ausstellung den Idealisten ein Rabatt zugesichert sei: Goldenes Buch (30 Pf.), Apokalypse (20 Pf.), Theatrophon (30 Pf.), Münsterstall (30 Pf.). Auch siehe die Gesellschaft noch mit dem Hippodrom, dem leuchtenden Lustschiff und dem Riesen-Fernrohr in Verbindung. Die Gesellschaft macht uns ferner auf den für Arbeiter allerdings ziemlich problematischen Vortritt aufmerksam, daß die Feste auch an Glittagen Gültigkeit hätten, daß sie bei Schippanowski nicht zu dem Zehnpennig-Platz, sondern zu dem Dreißigpennig-Platz berechtigt, sowie ferner, daß bei Hagenbeck und den Maxineauspielen der Eintrittspreis 50 Pf. betrage. Hierdurch erhöhe sich der Werth der Idealisten entsprechend.

In einer öffentlichen Versammlung ist am Montag Abend um 9 Uhr die Frau des Schneiders Hoch aus der Blumenstraße zu Friedrichsberg gestorben. Die Frau wohnte einer Pflanzerverammlung in Keller's Sälen in der Kopenstr. 29 bei, brach plötzlich ohnmächtig zusammen und starb bald darauf. Wahrscheinlich hat ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende gemacht.

Die Gerichtsschreibereien der Zivilkammern des Landgerichts I hier sind von dem Gerichtsgebäude Neue Friedrichstraße 15/16 nach dem Hause Schillerstr. 1 verlegt.

Die Neue Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft hat gestern ihren Sommerfahrplan begonnen. Es gelangte eine neue Linie vom Spittelmarkt zur Gewerbe-Ausstellung (Kairo) zur Eröffnung. Die Wagen halten am Spittelmarkt vor dem früheren Feuerwachtgebäude und durchfahren die Gertraudenstraße, Mühlendamm, Fischerbrücke, Inselstraße, Köpnickestraße, Schleifstraße, Köpnicke Landstraße bis zur Ausstellung (Kairo).

Auf der Linie Kreuzbergstraße—Stettiner Bahnhof ist für die ganze Tour der Einheitspreis von 10 Pf. eingeführt worden.

Tobfuchtig wurde am Montag Abend der 33jährige Drechsler Günther auf dem Terrain der Gewerbe-Ausstellung. Er wurde mit Mähe nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Schadenfeuer. Zweimal hat es am Dienstag Morgen im zweiten Luergebäude des Hauses Mariannenstr. 31/32 gebrannt. Dort liegt im 4. Stock eine Werkzeugsfabrik. In der Fabrik war um 3 Uhr 5 Minuten Feuer ausgebrochen, das aber mit einem Rohre von der Feuerwehre gelöscht werden konnte. Um 5 Uhr 3 Minuten brannte es an derselben Stelle wieder, die Flammen ergriffen diesmal das Pappdach. Rummel mußte die Feuerwehre mit einer Dampf- und zwei Handdruckspritzen in Thätigkeit treten, bis es nach anderthalbstündiger Thätigkeit gelang, den Brand zu löschen.

Sonntag Abend verunglückte in der Gartenwirtschaft von Reinhardt, Hasenhaide 67, der sechsährige Sohn des Gastwirths Zeile dadurch, daß beim Gebrauch eines dort aufgestellten Kraftmessers die sogenannte Schnecke aus den Schienen sprang, dem Knaben auf dem Kopf fiel und ihm einen Schädelbruch zufügte. Das Kind wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Bei der Arbeit ist gestern der 43 Jahre alte Maurergeselle Karl Well aus Mariendorf gestorben. Als der Mann nachmittags um 1 1/4 Uhr vor einem Hause Waterloo-Ufer damit beschäftigt war, die Mauer, die das Vorgartengitter trägt, auszubessern, bekam er plötzlich einen Blutsturz, brach zusammen und verstarb auf der Stelle.

Die durch die elektrische Bahn am Sonntag auf der Köpnicke Landstraße Getödtete ist als die am 20. Juli 1829 geborene Wittwe Raab aus Friedrichsberg bei Berlin rekonnostrirt worden. Der Unglücksfall ist, wie durch Zeugen erwiesen, durch die eigene Schuld der W. veranlaßt worden.

Todigefahren ist am Montag Abend der Schuhmacher Otto Hoffmann aus der Gerichtstr. 35. Der Mann gerieth an der Hasenhaide unter einen schwer beladenen Rollwagen. Ein Schuhmann des 21. Reviers glaubte noch Lebenszeichen in ihm zu bemerken und brachte ihn daher mit einer Droschke in die Charité. Als man jedoch hier ankam, war Hoffmann bereits todt. Der Wagen hatte ihm das Kreuz vollständig zerschmettert.

Ein „Gutenfabrikant“, welcher Zeitungen verlor und der Umgebung mit solchen Nachrichten versorgte, ist in der Person eines Kassenwärters Dopp ermittelt. D. erschien in hiesigen und Vorortredaktionen, stellte sich als Schiffseigener vor und erzählte sabelhafte Unglücksfälle und Katastrophen, welche er erlitten hatte.

Das Berliner und Nixdorfer Rowdithum benutzte die letzten schönen Mai-Abende dazu, um sich, wie es ja auch in den Vorjahren üblich war, in der Hasenhaide ein Stelldichein zu geben, und dort in hergebrachter Weise nach Vergehen aller Art Unzucht zu treiben. Sowohl am Sonntag als auch am Montag Abend wurde aber den Rittern von der Ballonmühe seitens des Publikums, der aus den Fabriken heimkehrenden Arbeiter und der Beamten ein so „warmer Empfang“ zu theil, daß sie es vorzogen, schleunigst zu verduften.

Polizeibericht vom 12. Mai. Gestern früh fuhr auf dem Mollenmarkt der 23jährige Student Ernst Nelmer mit einem Zweirad gegen einen Mann, stürzte infolge dessen zu Boden und wurde von einem gerade vorbeikommenden Arbeitswagen überfahren. Er erlitt dabei einen Bruch des linken Unterschenkels. — Vormittags erlosch sich der beschäftigungslose zwanzigjährige Handlungsgehilfe Richard Bahstund in seiner Schlafzelle, Neue Grünstr. 25a. — Einen Selbstmordversuch aus Liebesgram beging nachmittags die siebzehnjährige Näherin Anna S. in der Wohnung ihrer Schlafwirthin, Straßunderstraße, indem sie sich die Pulzbäder der linken Hand öffnete. Nach Anlegung eines Verbandes wurde sie nach dem Krankenhaus gebracht. — Beim Abspringen von einem durch die Hofjäger-Allee fahrenden Pferdebahnwagen fiel mittags der Arbeiter Georg Bohlsdorf hin und zog sich erhebliche Verletzungen im Gesicht zu. — Als nachmittags der 33jährige Kutscher Paul Schwabe mit seinem mit Brettern hoch beladenen Arbeitswagen über die Schleifstraße fuhr, kam der Wagen auf der abschüssigen Straße in schneller Bewegung und kam den Pferden an die Hinterende, so

daß die Thiere scheuten und durchgingen. Hierbei wurde der oben auf der Ladung sitzende Kutscher herabgeschleudert, geriet unter dieäder und erlitt anßer einem Rippenbruch ziemlich schwere Verletzungen am Kopfe. Er wurde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. — Beim Ausbessern der Vorgartenmauer des Hauses Waterloo-Ufer 6 wurde der Maurer Weill aus Mariendorf von einem Blutsturz befallen, der bald darauf den Tod des Mannes zur Folge hatte. — Der als verloren gemeldete Sohn des Fischlermeisters Pottlow hat sich heute Vormittag in Schöneberg wieder angefinden.

Witterungsübersicht vom 12. Mai 1896.

Stationen.	Baromet.-stand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (9° C. = 49° F.)
Swinemünde . . .	764	NS	3	halb bedeckt	14
Hamburg . . .	767	WSWS	5	wolkig	13
Berlin . . .	765	WSWS	4	heiter	15
Biesbadea . . .	769	N	1	wollenlos	14
München . . .	769	O	1	wollenlos	12
Wien . . .	767	Stil	—	wollenlos	11
Saparanda . . .	751	N	4	heiter	2
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort . . .	774	N	1	heiter	15
Aberdeen . . .	774	N	2	bedeckt	12
Paris . . .	770	NSO	2	wollenlos	16

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. Mai 1896. Kühleres, zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Wetter mit etwas Regen und frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Das Schiller-Theater hält getreulich sein zu Anfang gegebenes Versprechen, bald die leichteren deutschen Lustspielfabrikanten zu Wort kommen zu lassen. Nach der „Antigon“ gab es am Montag eine Aufführung des vor sechs Jahren im Lessing-Theater aufgeführten Lustspiels „Das letzte Wort“ von Franz v. Schönthan. Es giebt an schönen Mai-Abenden an sich schon belästigendere Genüsse, als sie das Theater meistens bietet. Aber am Montag schien man von der Bühne des Schiller-Theater's herab allen denen, die noch winterlicher Gedanken voll, den herrlichen Frühlingsabend geschwindig hatten, Warnung und Strafe zugleich erteilen zu wollen. „Das letzte Wort“ ist zum Sterben langweilig. Seichte Figuren, wie sie nur im Lustspiel der Roser-Schönthan'schen Richtung vorkommen, gar kein Witz, frostige, unlebendige Handlung, meist ein maittes Spiel und Zwischenpausen von geradezu qualender Länge. Wahrlich, man konnte froh sein, als der alte abgedankte Geheimrath, dessen Standesbündel zwar eine Schiefprügelei bildeten, aber das Liebesglück seiner Kinder verdammten muß, doch endlich eines besseren belehrt war und seine Sproßlinge als glücklich Verlobte beglückwünschte. Aus dem Ensemble ragte Herr Pauli als abgefeimter Altknecht durch ein hübsch pointirtes Spiel hervor. Fräulein Vanus, die eine weltfluge russische Baronin zu spielen hatte, mißhandelte leider die deutsche Sprache durch ihren angeblich ausländischen Akzent ungebührlicher als nöthig gewesen wäre. Nicht flott spielte auch Frau Levernmann, desgleichen ist ein jüngerer Mitglied des Schiller-Theaters, Fräulein Krauß, zu loben. Die übrigen Mitwirkenden hielten sich mehr oder weniger an der Grenze der Mittelmäßigkeit.

Geriichts-Beitrag.

Alles, was einer würdigen Sonntagfeier zuwider ist, wird durch die hannoversche Sabbathordnung vom 25. Januar 1882 mit Strafe bedroht. Als im Sinne dieser Verordnung einer würdigen Sonntagfeier zuwider wurde unseren Genossen Schwabenbach, Schulz und Normann eine Flugblattverbreitung angerechnet, die sie eines Sonntags in verschiedenen Ortschaften Hannovers vornahmen; Schöffengericht und Strafkammer verurtheilten aus diesem Grunde die beiden wegen Vergehens gegen jene Sabbathordnung und gegen § 366 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs. Begründet wurde das Urtheil wie folgt: Die Angeklagten hätten Flugblätter vertheilt, deren politischer, sozialdemokratischer Inhalt sofort zu erkennen gewesen sei. Eine solche Handlungsweise sei aber wohl geeignet, die andächtige sonntägliche Stimmung der Empfänger zu stören. In der That hätten sich auch verschiedene Leute darüber geärgert, daß sie am Sonntage solche Schriften bekamen. Die Verurtheilten legten nunmehr beim Kassenergericht Revision ein. Sie machten unter Berufung auf Entscheidungen höchster Gerichtshöfe geltend: Schon der Begriff „Störung der Feier der Sonn- und Festtage“ lasse erkennen, daß mit den in § 366 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs genannten Anordnungen nicht Vorschriften gemeint seien, die ausschließlich den Schutz der Einzelperson in ihrem Anspruche auf Sonntagsruhe bezwecken. Vielmehr habe das Gesetz sicher nur solche Gebote im Auge, die sich gegen Verenträchtigungen der allgemeinen Sonntagsruhe als solcher richteten, und zwar nur gegen Verenträchtigungen, welche durch Lärm, oder Erregung von Aergerniß oder sonstige nach außen wirkten. Die äußere Heiligkeit der Sonntagsruhe zu stören und zu beeinträchtigen seien aber nur Vorgänge geeignet, die nach außen wirksam wären und deren fördernder Charakter unmittelbar in die Erscheinung träte. Der Strafsenat des Kassengerichts hob die Verurtheilung auf und wies die Sache in die Vorinstanz zurück. Die Anwendung der Sabbathordnung und des § 366 Nummer 1 des Strafgesetzbuchs habe thatsächlich zur Voraussetzung, daß es sich um Störungen der allgemeinen Sonntagsruhe handle, die äußerlicher Natur seien. Die Strafkammer werde nachzuweisen haben, ob etwa durch die Art, wie die Blätter vertheilt wurden, eine allgemeine Wirkung nach außen hin erzielt worden sei. Die lediglich persönlich-innerliche Beeinträchtigung einzelner sei nicht maßgebend.

600 M. Geldstrafe legte die sechste (Berufungs-) Strafkammer am Landgericht I dem Kaufmann Emil Buchholz für das Vergehen auf, daß er seinen Mitmenschen statt der verlangten reinen Naturbutter ein Gemisch verabreichte, welches zur Hälfte mit Margarine verfälscht war. Die Berufung war seitens der Staatsanwaltschaft eingelegt worden, nachdem das Schöffengericht ein freisprechendes Urtheil gefällt hatte. Der Angeklagte besitzt in dem Hause Thurnstr. 69 ein Buttergeschäft, das sich schnell aus keinem Anfange zu bedeutendem Umfange entwickelte, da die Preisnotirungen des Angeklagten wesentlich billiger waren, als diejenigen anderer realer Großhändler. Einer von diesen hielt es endlich für gerathen, der Sache auf den Grund zu gehen; eine durch seinen Reifenden aus dem Geschäfte des Angeklagten eingeforderte Butterprobe kam gerichtlicherseits durch den Chemiker Dr. Jeserich zur Untersuchung und es stellte sich heraus, daß dieselbe aus einem Gemisch von gleichen Theilen Butter und Margarine bestand. Der Angeklagte, der hauptsächlich kleinere Kaufleute, Getränkbändler u. zu seiner Kundenschaft zählte, machte trotz seines zweifelhaften Fabrikats ein derartig gutes Geschäft, daß er schließlich 3 Wagen und 5 Pferde zum Ausfahren der Butter benutzte. Seine beiden Kutscher wurden aber Hauptbelastungszeugen gegen ihn. Sie wollten beide gelegentlich durch ein Kellerfenster belauscht haben, wie der Angeklagte mit Hilfe seiner Familienangehörigen die Mischung der beiden Fettorten vorgenommen hatte; zugleich konnten sie bestätigen, daß die Kunden häufiger Zweifel an der Reclität der Waare hatte verlauten lassen. Buchholz selbst bestritt seine

Schuld und suchte die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen anzutasten; er hatte hiermit jedoch wenig Glück. Während der Staatsanwalt zwei Wochen Gefängnis gegen ihn beantragte, hielt es der Gerichtshof für angebracht, wegen der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten von einer Freiheitsstrafe Abstand zu nehmen, dafür aber eine recht hohe Geldstrafe festzusetzen, die auf 600 M. bemessen wurde. Zugleich wurde auf Publikation des Urtheils im „Berliner Lokal-Anzeiger“ erkannt.

Der meineidige Polizist. Das Schwurgericht in Halle a. S. verurtheilte den bisher noch im Amte gewesenen Polizeiergeanten H. Möbius aus Hettstedt wegen wissenschaftlichen Meineides zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte 5 Jahre Zuchthaus beantragt. Der 29-jährige, in Uniform auf der Anklagebank erscheinende Angeklagte ist früher in Oshag in Sachen wegen Diebstahls mit 3 Tagen Gefängnis, dann in Dresden wegen Unterschlagung im Amte (Aneignung der Uhr eines Gefangenen in seiner Eigenschaft als Gerichtsdieners) mit 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, ferner in Magdeburg als Nachwachmann wegen Jagdvergehens mit 30 M. Geldbuße oder 6 Tagen Haft vorbestraft worden. Im März 1894 wurde er trotzdem als Polizeiergeant in Hettstedt angestellt. Die Veranlassung zu dem jetzigen Verfahren war eine ganz geringfügige. Möbius hatte am 15. Mai vorigen Jahres den Bergmann Graumann behufs Feststellung seiner Persönlichkeit verhastet und bei seiner Zungenvernehmung erklärt, den Graumann vorher nicht gekannt zu haben. Durch eine Reihe von Zeugen ist das Gegenteil bewiesen; Möbius hatte mit Graumann sogar vor dem betreffenden Austritte, der auf die Veranlassung des Gastwirths Alenstädt zur Verhaftung des Graumann geführt, mit letzterem Bier getrunken. Die angebliche Anschuldigung Graumann's war übrigens so unerheblicher Art gewesen, daß in zweiter Instanz seine Freisprechung erfolgte. Bemerkenswert ist zu dem Urtheile gegen Möbius, die Strafe habe nicht unerheblich bemessen werden dürfen, weil der Angeklagte als Beamter Meineide geleistet habe.

Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M. begann heute die Verhandlung gegen 15 Eisenbahnschaffner, welche beschuldigt sind, jahrelang einen ausgedehnten Fahrkartenschmuggel betrieben zu haben. Den Vorsitz führt Landgerichtsrath Fechner. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

Die Angelegenheit Pollini vor den Hamburger Richtern. Nach dem „Hamburgischen Korrespondenten“ wurde der Schriftsteller Hugo Pohle wegen Beleidigung des Polizeiraths Dr.

Mosher in einer von Pohle verfaßten, gegen den Hofrath Pollini gerichteten Broschüre zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Dem Beleidigten wurde außerdem die Publikationsbefugniß zugesprochen.

In Wien hat vorm Landesgericht der Prozeß begonnen, der wegen des am 1. Mai im Prater entstandenen Konflikts zwischen Maidemonstranten und Polizei angestrengt ist. Bis jetzt wurden vier Personen zu Strafen von 10 Tagen bis 3 Wochen Arrest verurtheilt.

Vermischtes.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Der jüngste Marine-unglücksfall macht infolge seiner höchst eigenartigen Begleitumstände das allgemeinste Aufsehen. Auf der unmittelbar vor der Torpedowerkstatt in Friedrichsort gelegenen Schießbrücke, von welcher neue Torpedos eingeschossen werden, befand sich u. a. ein bis auf die fehlende Sprengpatrone scharf geladener Torpedokopf. Die Sprengpatrone paßt nicht recht hinein, weshalb in der offenkundigen Hölle des Torpedokopfes eine Lötharbeit verrichtet werden muß. Kaum hat der Arbeiter mit dem glühenden Löthkolben die Hölle berührt, als auch schon der Zuhalt explodirt, den Arbeiter zerreißt und auf der Brücke selbst eine verheerende Feuerwirkung entfacht, so daß die darauf befindlichen Personen Noth haben, zu entfliehen. Und am Ende der Brücke, d. i. in nächster Nähe der Werkstatte, wo mehrere Hundert Arbeiter beschäftigt sind, befindet sich ein mit scharfen Torpedoköpfen gefüllter Wellblechschuppen, der glücklicherweise schnell entleert werden konnte. Würde der Zuhalt explodirt sein, dann wäre von der Torpedowerkstatt und der danebenstehenden Matrosenartillerie-Kaserne nicht viel geblieben. Uebrigens gab die Explosion insofern noch zu ungläublichen Gerüchten Veranlassung, als mehrere heftige Donnerschläge erfolgten, die aber durch das Explodiren leerer und mit Luft gefüllter Torpedokörper herrührten.

Das Hochwasser der Elbe ist in Dresden wieder so weit zurückgegangen, daß die Strassenkörper wasserfrei sind. Aus den meisten Kellern wird das Wasser erst in den nächsten Tagen weichen, wenn nicht, wie vielfach geschieht, Lokomobilen oder Pumpsometer die Wasser auspumpen.

Ein weiblicher Uebermensch. Der „Pfälz. Courier“ berichtet folgendes: In Eichelberg bei Pfaffstätt in der Oberpfalz hat ein Bauernmädchen im Wirthshaus 21 Seidel Bier getrunken und dann noch den Wirth durchgeprügelt!

Die türkischen Preshahände sind noch schlimmer als die deutschen und lassen selbst die Mittelstellung offenkundiger Thatsachen gefährlicher als bei uns erscheinen. Ein Konstantinopler Blatt, die „Osmannische Post“, berichtet über die Ermordung des Schah von Persien in folgender Weise: „Gegen Mittag verließ der Schah sein Palais, um einen Spaziergang zu machen; er wurde von einem plötzlichen Unwohlsein befallen und gab eine halbe Stunde darauf seinen Geist auf.“

Der Massenmörder Dolmes, welcher nicht weniger als 27 Morde in Philadelphia und in Chicago verübt hat, wurde, wie aus Philadelphia berichtet wird, am Freitag dort hingerichtet. Unmittelbar vor seinem Tode erklärte er, daß er nicht einen einzigen der ihm zur Last gelegten Morde verübt habe. Zwei Frauenzimmer seien allerdings infolge der an ihnen verübten Operation gestorben. Vor einigen Wochen redete er allerdings anders. Damals erklärte er, er habe von Geburt an einen ununterdrückbaren Blutdurst. Unter diesem Triebe, gegen den er nichts ausrichten könne, habe er sogar seinen eigenen kleinen Knaben verstimmt, wenn auch nicht ermordet. Dolmes ging kalt und gefaßt dem Tode entgegen. Der Beweggrund seiner Verbrechen scheint gewesen zu sein, die Versicherungssumme seiner Opfer zu erlangen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine gewisse Anzahl Buchstaben oder eine Zahl anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Von Herrn Karl König erhalten wir folgende Zuschrift: „Auf die Briefkasten-Notiz in Nr. 110 des „Vorwärts“ unter der Spitzmarke Krühl und Genossen bemerke ich: Was den Vorgang am Sonnabend in dem Lokal Admiralstr. 1 betrifft, so ist es mir gar nicht in den Sinn gekommen, mich als Redakteur des „Vorwärts“ aufzuspielen. Wenn bei dem einen oder dem andern Gast von meiner früheren Thätigkeit als Berichterstatter her diese Meinung vorhanden war und ausgesprochen worden wäre, hätte ich sofort dem widersprochen. Um sich ein richtiges Urtheil über mein Vorgehen zu bilden, ist es nöthig, sich über die Vorgeschichte der fraglichen Angelegenheit zu informieren.“ — Für die Redaktion bleibt die Angelegenheit, wie sie war.

H. S., Zwickau. Uns bekannt. Abdruck bei uns würde einige Monate Blödsinn bedeuten.

N. S. 100. Uns ist nicht bekannt, daß es sich empfehlen würde, in Paris, Wien oder Amerika gegenwärtig Arbeit zu suchen. Ueberall wird über große Arbeitslosigkeit geklagt.

N. P. 100. Der betreffende muß sich an einen Arzt wenden, der die Orthopädie als Spezialität betreibt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 18. Mai.
Spernhaus. Der Troubadour.
Schauspielhaus. Faust.
Deutsches Theater. Lumpacivagabundus.
Festung-Theater. Waldmeister.
Berliner Theater. Maria Stuart.
Neues Theater. Lata-Loto.
Reichshallen-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Hungerleider.
Schiller-Theater. Antigone.
Felle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
National-Theater. Moderne Raubritter.
Theater Unter den Linden. Der Vogelbändler.
Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Kämmer. Vorher: Jantenschelchen.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: Antigone (Frau Clara Meyer a. G.).
Donnerstag, abends 8 Uhr: Das letzte Wort.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Moderne Raubritter
oder:
Wie's gemacht wird!
Geschichten aus dem Berliner Gewerbeleben in 5 Akten (8 Bildern) nach wahren Begebenheiten für die Bühne bearbeitet von Carl Pohle.
Regie: Fritz Schäfer.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alt-Berlin
Täglich:
Nachmittags 5 1/2 Uhr: Aufzug zum Ringelstein.
Drei Musikkorps.
Gemischter Chor d. Theaters Alt-Berlin.
Vollbesetzungen. Seitlinger.
Zauberei u. Irrgarten. Diorama u. c.
Eintritt: 25 Pfg.
ohne jede weitere Nachzahlung.

Theater Alt-Berlin.
Täglich 1 Vorstellung: abends 7 Uhr.
Billetverkauf in den Niederlagen von Löser & Wolf und in der Central-Buchhandlung (Rudolf Engländer), Central-Hotel, wofür auch Zeitbücher zu haben sind.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 87. Male:
Das flotte Berlin.
Große Ausstattungs-Gesangsposse in 3 Akten von Leon Treptow und Ed. Jacobson.
Kupletts und Quodlibetts von G. Görß.
Musik von G. Steffens.
2. Akt: „Alt Berlin.“
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Olympia Riesentheater
Alexanderstr., Ecke d. Magasinstr.
4000 Personen fassend. Die 2500 Quadratmeter große Bühne ist von jedem Platz des Theaters aus vorzüglich zu übersehen. Der „Orient“ ist das größte Schauspiel der Welt und es mußte daher in Berlin ein eigenes riesengroßes, 12000 Quadratmeter fassendes Theater erbaut werden. Preise der Sitzplätze inkl. Garderobe: Orchester-Loge M. 5,10, Parquet-Loge M. 4,10, Parquet M. 3,10, Parquet 2 M. 10 Pfg., Parterre-Sitz (Mitte) M. 1,60, Parterre-Sitz (Seiten) M. 1,10, Entree zum Garten-Concert inkl. Parterre-Stehplatz, soweit der Raum es gestattet, M. 0,50, Operngläser und Zeitbücher je 20 Pfg.

Bolossy Kiralfy's Orient.
(Eine Mission nach dem Osten.)
Das größte Schauspiel der Welt.
Prachtvollste Ausstattung.
Wunderbare Original-Musik.
Entzückende Scenerien.
Unvergleichliches Ballet.
Ca. 1000 mitwirkende Personen.
Feenhafte Wasser-Schauspiele.
Zweimal täglich Vorstellungen!
von 5-7 und 9-11 Uhr Abends.
Garten-Concert der 60 Mann starken Kapelle.

Apollo-Theater und Concert-Garten
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.
Sensationeller Erfolg!
Salerno,
Rolph Arras, Robert Steidl, Henry Bender, Fedor Markow und sämtliche Kunstkräfte
1. Rang.

Groß. humor. Künstlerkonzert.
Jeden Sonntag, auch Himmelfahrt.
Lohn's Restaurant, Mohrenstr. 37.
Austreten des 4jährigen Wilson als Komplexfänger.
1404b
Bereinszimmer mehrere Tage frei.
Plick, Simeonstr. 28.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater
abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahn.
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Vorträge abends 8 Uhr.
Näheres die Tagesschnitte.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit!
Ein afrikanischer Harem
mit echten Bauchtänzerinnen.

Castan's Panopticum.
165 Friedrichstrasse 165.
Das Bärenweib
phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's!
Illusionen — Kasperlo-Theater — Damen-Kapelle — Irrgarten.

Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Colonnaden.
Eröffnung d. Sommer-Saison im neuen großen Garten.
Täglich:
Grosse Vorstellungen.
Von 6 Uhr an:
Doppel-Konzerte von 2 Kapellen.
26 Elite-Nummern, u. a.:
Die Perle aller Clowns
Willy Aegoston,
Der Rattenkönig Barna.
Um 12 Uhr vormittags:
Grosse Matinee.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
Schönhauser Allee 148. Dir. E. Nadolny.
Donnerstag, 14. d. M. (Himmelfahrtstag)
Gr. Elite-Theater-Vorstellung.
Im Saale: Tanz.
Nächste Vorstellung, Sonntag, 17. d. M.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen Saal und Garten.
Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz.
Täglich:
Norddeutsche Sängerkolossal
Erfolg von
Alle fünf Barrisons
Hochdramatisches Ensemble.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Entree 30 Pfg.
Sonntags 7 Uhr, Entree 50 Pfg.
Von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Abonnenten haben freien Zutritt zu den Vorstellungen.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Der Stellvertreter.
Poffe mit Gesang in 1 Akt.
Miss Galuba,
die reizende Taubentänzerin,
das berühmte **Barno Duo.**
Anf. Wochent. 8 U. Entree: 10 Pfg.
Sonnt. 7 U. Entree: 30 Pfg.
R. Winkler.

Reichsgarten
Friedenstr. 20
(Ecke H ö c h s t e r s t r a ß e).
Täglich:
Grosses Frei-Concert.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
NB. Meinen alten Kunden und Freunden zur Nachricht, daß ich mein Gartenlokal in dieser Saison wieder selbst bewirthe. H. Koslowski.

Allen Freunden u. Bekannten empf. mein
Weiss-u. Bairisch-Bierlokal
Sonntags guter Mittagstisch
Fritz Leuchert, Tischl., Grimmstr. 3.

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Amt I, 1082. 4976L.
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen.

4 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben.
„Englischer Garten“, Alexanderstr. 27a.
Sänger's Ruh
Gust. Jaensel
Beelighof (Bannsee)
in 20 Min. vom Bahnhof Schlachtensee sowie Bannsee zu erreichen.
Großer schattiger Garten, Kaffeeküche, Regeldampf u. f. w. Vorküchl. Speisen und Getränke. 50668*
Große verdeckte Hallen u. Saal für Vereine und Gesellschaften stehen zur Verfügung. Bei größeren Partien Preisermäßigung.
Carl Ulrich, Bassettier.

„Zum Glühlichter!“
Brandenburg-Strasse Nr. 54.
Bereinszimmer für 25 Personen noch einige Tage frei.
49812*
Max Pönitz.

Arbeitsnachweis und Verlebenslokal der Musikinstrumenten-Arbeiter 50478*
Raunynstr. 78
bei
Anton Böker.

Restaurant zur Erholung!
Köpenick, Causdorferstr. 3.
5 Min. v. Bahnhof am Wege nach der Pferdebucht. 51008*
Lade hiermit 3 Besuch ergeben ein' freundlicher Garten, billige Preise, Vereinszimmer, Familien können Kasse kochen, selbstgebackenes Brot, Riesenlandbrotstullen.
Mickley.

Zähne v. 2 M. ev. Theilz.
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.
Kinderwagen, großart. Auswahl, billig, viele Anerkennungen, Musterbuch gratis und gratis. Theilzahlung gestattet. **Max Brinner**, Jerusalemstr. 42 und Brunnenstr. 6.

Knaben-Stoff und Wasch-Anzüge sehr billig.
Hoffmann, Veteranenstr. 14.
Zu Landpartien empfehle meinen eleganten Kramper zu billigen Preisen. 1397b
M. Strahl, Ritterstr. 119.

Große Betten 12 M.
Oberbett, Unterbett, zwei Kissen mit geräumigen neuen Federn bei Guter Danks. Berlin S., Weinstraß 46. Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungen schreiben.

Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maß.
Tomporowski, Schneidermeister, Berlin O., Jüdenstr. 57, 1 Tr.

Billigste Quelle
226
aller Art fertiger Herrenbekleidung und n. Raab, Kohn's-Claden, Linienstr. 226.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst.
Gudel, Bauhofsplatz 2, Elbasserstr. 12

Milchkübel,
Kannas, Satten, Doximal- u. Tafelwagen
Jordan,
Kleine Markus-Strasse Nr. 28
Möbelgeschäft
seit 22 Jahren bestehend, mit guter Kundenschaft, ist umständehalber billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Mercks, Annenstr. 13. 1403b

Zither- oder Gitarrensp. zum Begleiten für Mandoline, C. Gangloff, Nitzdorf, Kaiser Friedrichstr. 6. 1402b
Mühlenstraße 8,
nahe Oberbaum, ist ein freundlicher Laden nebst Stube und Zubehör, für jedes Geschäft passend, billig zu vermieten.
48438*

Wärwaldstr. 52 sind 8 U. Wohn. v. 1-2 Zimmer mit Gartenbenutzung billig zu vermieten. 1410b
Möbl. Schlafstelle sofort Neu-Kölln am Wasser 4, 2 Tr. 1. 1401b
Raunynstr. 82, Schlafst., sep. Welle.
Schlafstelle vermietet W. Gofinial, Bahmannstr. 85, v. 4 Tr. 1400b

Abgeordnetenhause.

70. Sitzung vom 12. Mai 1896. 12 Uhr.

Am Ministerische Miquel und Febr. v. Hammerstein und Kommissarien.

In Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betr. das Auerbenedict bei Renten, und Anstiedlung v. Gütern wird zunächst über den Antrag Gorte (Z) zu § 4 der Vorlage abgestimmt. Der § 4 der Vorlage bestimmt, daß eine gestilgte Rente nur gestilgt werden kann, wenn das Gut die Auerbenedict-Eigenschaft verliert. — Der Antrag Gorte will, daß die Rente, soweit sie gestilgt ist, auf Antrag des Eigenthümers im Grundbuch gestilgt wird. Dieser Antrag wurde heute gegen die Stimmen beider konservativer Parteien und einiger Zentrumsmitglieder angenommen. — Es werden sodann die vorliegenden Resolutionen, welche die Regierung zu einer weiteren Ausdehnung des Auerbenedict veranlassen sollen und worüber die Debatte gestern bereits begonnen hatte, heute weiter debattirt.

Außer den bereits gestern mitgetheilten Resolutionen von Arnim (L) mit dem einschränkenden Amendement Herold (Z) und der Resolution Arnim (fr.) liegt noch vor ein neues Amendement Febr. v. Suenne (Z) zu der Resolution von Arnim, wonach die Einführung des Auerbenedict nur da, wo bereits entsprechende provinciale Gewohnheiten vorhanden sind, in Aussicht genommen werden soll. Bei der Abstimmung werden alle vorliegenden Resolutionen und Amendements, gemäß dem Antrag Nicker (fr. Vg.), einer besonderen Aler-Kommission zur Vorberathung über wiesen.

Es folgt die erste Lesung des Nachtragsetzels (200 000 M. zum Umbau des pathologischen Instituts).

Auf eine Anregung des Dr. Friedberg (natl.) bemerkt der Finanzminister Miquel, daß die allerdings bedeutende Summe von 200 000 M. nöthig ist, wegen des ungünstigen Baugrundes der für das Institut gewählt werden muß. Der Umbau der Charité wird dadurch nicht gehindert. Wohl aber ist es noth, damit der verdienstvolle Schöpfer des Instituts, Herr Geheimrath Birchow noch die Neuordnung in dem neuen Institut besorgen und leiten kann.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es folgt die Interpellation v. Tschoppe und Febr. v. Jedlich (fr.): Was gedenkt die Staatsregierung zu thun, um nach Ablehnung des Lehrerbildungs-Gesetzes durch das Herrenhaus den bestmöglichen Ausbau des Alterszulagen-Systems für Lehrer baldmöglichst herbeizuführen und die Mißstände zu beseitigen, die sich aus dem Mangel einer gesetzlichen Neuordnung der Lehrergehälter ergeben?

Nach der Erklärung des Kultusministers Dr. Voffe, die Interpellation sofort namens der Regierung beantworten zu wollen, begründet

Abg. Dr. v. Tschoppe (fr.) seine Interpellation, indem er den Gang der Verhandlungen im Herrenhause darlegt; er wird hierbei wiederholt vom Präsidenten aufgefordert, jede Kritik der Thätigkeit des Herrenhauses zu unterlassen, da eine solche nach den bisherigen Gepflogenheiten beider Häuser nicht üblich sei.

Kultusminister Dr. Voffe erklärt, daß die Regierung das Scheitern der vom Abgeordnetenhause mit großem Fleiß durchgearbeiteten Vorlage tief beklage im Interesse der Lehrer. Allein die Regierung gebe das Ziel nicht auf und werde dem Landtage beim nächsten Zusammentritt eine entsprechende Vorlage zu gehen lassen.

Auf Antrag des Abg. v. Eynern (natl.) erfolgt die Besprechung der Interpellation.

Abg. v. Eynern (natl.) legt dar, daß die Schuld des Scheiterns der Vorlage im Herrenhause lediglich in der Schädigung der Großstädte seinen Grund hatte, die das Gesetz anstrebte. Wir haben fortgesetzt vor der Enteignung des Besitzes der Großstädte gewarnt und wir können für das Scheitern der Vorlage nur diejenigen verantwortlich machen, die auf diese Warnungen nicht hören wollten. Kommt die Vorlage wieder, dann mag die Regierung aus dem, was geschehen, eine Lehre ziehen.

Minister Miquel weist darauf hin, daß doch auch in diesem Hause national-liberale Mitglieder, eingebend ihrer patriotischen Pflicht, die Vorlage angenommen haben. (Sehr richtig!) Der Antrag Dr. Sattler war für die Regierung nicht unannehmbar, aber er hätte leicht das Scheitern der Vorlage in diesem Hause zur Folge haben können. Auch in Zukunft wird große Zurückhaltung bei den einzelnen Fraktionen nöthig sein, wenn das Gesetz zustande kommen soll. Herren von Eynern's Stellung erschwert das Zustandekommen der Vorlage. (Sehr richtig!) Diese kann nur zu stande kommen, wenn das ganze Haus von dem Geiste befeuert ist, die Vorlage zu stande bringen zu wollen. Wir werden, wenn im Herbst der Landtag zusammentritt, sofort mit der neuen Vorlage kommen, so daß auch materiell die Lehrer keinen Schaden haben werden. (Beifall.)

Abg. Nicker (fr. Vg.): Der Herr Minister Miquel hätte vielleicht das Schicksal der Vorlage wenden können; hätte er die 1/2 Millionen hergegeben, die Rechte, deren Lieblingskind Herr Miquel ja ist, hätte nicht widerstanden.

Abg. Graf Limburg (L): Die konservative Partei habe zwar die Regelung der Gehaltsfrage in einem allgemeinen Schulgesetz gewünscht, halte auch heute noch diesen Standpunkt für den richtigen, werde aber zum Zustandekommen der Vorlage gern mithalten.

Die Abgg. Dietrich (Z), v. Jedlich (fr.) und Bartels (L) sprechen namens ihrer Fraktionen die Bereitwilligkeit aus, an dem Zustandekommen der Vorlage mitzuwirken.

Abg. Eynern zweifelt nach den Erklärungen des Ministers nicht an dem Zustandekommen der Vorlage.

Damit ist die Besprechung beendet.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr: Auerbenedict, Umzugskosten für Regierungsbaumeister, Petitionen.

Schluß 3/4 Uhr.

Versammlungen.

Die Schneider und Schneiderinnen waren am Montag Abend einer Aufforderung ihrer Häuser-Kommission entsprechend in zwei Versammlungen, bei Grindel, Brunnenstr., und in Jost's Festhallen, Andreasstr., erschienen, um angesichts des periden Vertragsbruchs und der unerhörten Treulosigkeit der Herren- und Anabenkonfessionäre über das weitere Vorgehen der Arbeiter zu beraten. In Jost's Festhallen referirte Zimm. Die Bedingungen, so führte Redner aus, die es nothwendig machten, den diesjährigen Streik beizulegen, sind ja allgemein bekannt. Die Konfessionäre hatten sich damals vor dem Einigungsamt verpflichtet, die 12 1/2 pSt. Zuschlag zu gemähren und einen aufgehobenen Minimaltarif innewubalten. Die Konfessionäre erklärten in der feinerzeit angenommenen Resolution, daß sie gewillt seien, der Arbeiterschaft nach bester Möglichkeit Zugeständnisse zu machen. Es kam hierdurch zu den Einigungsverhandlungen, die mit dem vorgenannten Vergleich endeten. Gerade die maßgebendsten Konfessionäre, die zum theil

diese Verhandlungen mit unterschrieben, sind es nun, welche sich weigern, die Abmachungen einzubehalten. Redner bedauert es, daß seiner wiederholten Aufforderung, die Differenzen vor dem Gewerbegericht einzulagern, nicht stattgegeben wurde. Wie unangenehm dies den Herren Konfessionären gewesen wäre, zeigt Redner an dem Verhalten der Firma M. W. Rosenthal. Als sich bei dieser Firma mehrere Kollegianen bereit erklärten, die Differenzen einzulagern, habe der Herr sich diese Arbeiter per Rohrpost eingeladen, jedem 2 M. gegeben, 5 Pfennig pro Anzug zugelegt und dann schleunigst unterschreiben lassen, daß keiner etwas von ihm zu fordern habe. Obwohl die Konfessionäre sich bereit erklärt hatten, an den Erhebungen vor dem Einigungsamt behufs Feststellung eines letzten Minimaltarifs theilzunehmen, sind sie zu den letzten Sitzungen überhaupt nicht mehr erschienen. Den Herren waren die Erhebungen von Beginn an lästig, weil hierdurch erst einmal die erbärmlichen Verhältnisse öffentlich festgestellt und die Konfessionäre einzeln an den Pranger gestellt wurden. Selbst der Herr Weisiger Weigert, ein Unternehmer, hat hier die Forderungen der Arbeiter als vollständig korrekt, ja als noch nicht eingehend genug bezeichnen müssen. Die Konfessionäre drängten nun das Einigungsamt, einen Schiedsspruch herbeizuführen. Das Einigungsamt lehnte dies ab, beschloß die Erhebungen fortzusetzen und gelangte nach langwierigen Verhandlungen über den Minimaltarif zur Aufstellung eines Tarifs mit sechs Positionen. Die Konfessionäre bezeichneten nunmehr jede weitere Verhandlung für aussichtslos und das Provisorium für aufgehoben. Redner betont, daß Herr Rosenbaum, der den Verhandlungen mit beizuhilfte, sich sogar von seinen Arbeitern unterschreiben ließ, daß sie nicht mehr auf den Tarif bestehen und sie mit dem, was er ihnen zähle, zufrieden sein wollen. Redner bedauert, daß die Arbeiter ohne weiteres auf vollständig rechtswähige Forderungen verzichteten, die juristisch unanfechtbar sind und die jederzeit vor dem Gewerbegericht eingeklagt werden können. Die Zwischenmeister der Knabenbranche haben in dieser Angelegenheit eine sehr schätzbare Rolle gespielt; während sie auf der einen Seite für Lokaltarife zwischen Konfessionären und Zwischenmeister eintraten iränubten sie sich ganz entschieden gegen die Aufstellung eines Lokaltarifs zwischen Arbeiter und Zwischenmeister. Hat sich doch durch die Erhebungen herausgestellt, daß ein Wochenlohn von 9 M. bei 12-13stündiger Arbeitszeit zu den Seltenheiten gehört. 6-7 M. Lohn wird schon als hoch bezeichnet. Zeit, und das betont Redner, dürfen sich die Arbeiter nicht verhehlen, ist gegen dieses Vorgehen nichts zu machen, aber gerüht muß jezt werden, in der stillen Zeit müssen die Vorarbeiten gemacht werden, um zu gegebener Zeit wieder desto besser loszuschlagen zu können. Es wird auf alle Fälle wieder im Herbst der Streik ausbrechen. Die Sympathie der bürgerlichen Kreise ist nach diesem Vorgehen der Konfessionäre in verhängnisvoller Weise auf Seiten der Arbeiter. Nachdem die Arbeiter jezt erkannt haben, daß sie mit einer Sippschaft von Unternehmern zu thun haben, die jedes Ergeßnis dar sind, ist es ihre Pflicht, ihre Organisation zu stärken, um zu gegebener Zeit das zu erringen, was man ihnen jezt in so brutaler Weise entzogen hat. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion versuchten Frau Znoch und Frau Gubela unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung die so oft schon zurückgewiesenen Verdächtigungen gegen die Häuser-Kommission noch einmal in die Diskussion zu ziehen.

Nachdem Zimm und Stubbe die Verleumdungen gegen die Häuser-Kommission energisch zurückgewiesen, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Konfessionäre der Herren- und Anaben-Konfessions-Industrie haben bei dem letzten Streik zugesichert, die Uebelstände zu beseitigen und ihren Arbeitern die nur irgend möglichen und weitgehendsten Zugeständnisse zu machen. Am so schnöder und brutaler ist aber das jeztige Vorgehen dieser Unternehmern, welche die von ihnen selbst vorgeschlagenen Lohnerhöhungen und Minimaltarife zurückgezogen haben. Die Versammlung erklärt dieses Vorgehen als offenen Vertragsbruch mit dem am 19. Februar d. J. vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts eingegangenen Vereinbarungen. Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Energie dahin zu wirken, daß gerüht wird, um zu geeigneter Zeit den Kampf für Erringung der notwendigen Existenzbedingungen aufzunehmen zu können. In der machtvollen Entfaltung ihrer Organisation sehen die Versammelten nur die nöthige Gewähr, sich vor solchen brutalen Ueberfällen der Unternehmer schützen zu können und verpflichten sich, geschlossen für Stärkung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes zu wirken.“

Im gleichen Sinne wie Genosse Zimm referirte Frau Zher in der zur selben Zeit stattfindenden Versammlung bei Grindel in der Brunnenstr. In der Diskussion lennzeichnete Zander die unsauberen Mittel, mit welchen die Unternehmer gegen die Arbeiterinnen zu operiren sich erdreisten; Frau Glauko schrieb ein gut Theil der Schuld daran dem rückgratlosen Verhalten der Schneidermeister zu, sie tabelte scharf die vielfach vorkommende Thatsache, daß funderlose Frauen, deren Männer nachweislich 27 M. Durchschnitts-Wochenlohn verdienen (periodisch, so gelegentlich der Ausstellungsbarbeit, auch noch weit mehr) zu Lohnstricken würden, indem sie für jeden Preis arbeiten und den allein dastehenden Arbeiterinnen die Arbeitslosigkeit beschneiden. Ferner tabelte sie die Gepflogenheit vieler Meister, junge Mädchen deshalb zum Ab-liefern zu senden, um bei Einrichten frischer Arbeit bezorgt zu werden. Lewin besäuwortete die von der Referentin vorgeschlagene Resolution, welche den gleichen Wortlaut hatte, wie die in der anderen Versammlung. Frau Schiffer bekundete zu den Praktiken der Firma Rosenbaum, daß der Firmeninhaber nach Kenntnisaahme von dem öffentlichen Vorgehen der Arbeiter gegen sein Nichtvorhalten, alle bei ihm beschäftigten Meister zur Unterschrift eines Schriftstückes bewog, wodurch die Meister aus die festgesetzten Prozente verzichteten. Die bisher recht sachliche Debatte versuchte Wiese mann, der inzwischen mit einem Trupp seiner Gesinnungsgenossen erschienen war, auf persönliches Gebiet zu lenken. Er schwärzte noch immer für das Weiterführen des Streiks, nannte die Verhandlungen vor dem Einigungsamt Abschwächung der Forderungen, und verlangte Abänderung der Resolution betrefß des Organisationsanschlusses. Passus. Ein gleichgestimmter Kollege sekundirte ihm, Schimpfe auf die Häuser-Kommission, die ganz eigenmächtig gehandelt, und die Bewegung auf ein paar Jahre hinaus verdröben habe; hauptsächlich war es der nichtanwesende Zimm, über den er die Schale seines Zornes ausgoß. Nikk hielt sich mehr sachlich, erklärte sich aber gegen die Annahme irgend welcher Resolution. Joseph verurtheilte den Bericht der Konfessionäre und besäuwortete die einstimmige Annahme der Resolution. Frau Alex erklärte im Namen der Kollegen und Kolleginnen, daß die Häuser-Kommission ganz genau im Sinne ihrer Auftragsgeber gehandelt habe und deren ungetheiltes Vertrauen weiter genieß. Sollte es zu einem abermaligen Kampf kommen, so würden die Kollegen und Kolleginnen nur die alte anerkannte Häuser-Kommission mit der Leitung betrauen. Im weiteren stellte sie an Wiese mann und Genossen die Frage, warum sie denn ihrem damaligen Beschlusse gemäß nicht weiter getreut hätten; die Frage blieb seitens der Befragten unbeantwortet. In ihrem lezten Schluswort verurtheilte die Referentin ganz entschieden diese fortwährende Auerbenedict wegen der Organisations-

se führte den Veranlassern die schon daraus entstandenen Konsequenzen ernstlich vor Augen. Mit überwiegender Majorität wurde die Resolution angenommen.

Eine gut besuchte Maurer-Versammlung tagte am Montag Abend in der Bod-Brauerei und beschäftigte sich mit der Lohnbewegung, die — wie Silberich midt ausführte — bei weitem günstiger verlaufen ist, wie man es im Hinblick auf die sechsjährige Unthätigkeit der Organisation und die Streitigkeiten innerhalb derselben hätte erwarten können. Zunächst habe die Bewegung etwa 8000 Maurer aus ihrer Gleichgültigkeit ausgerüttelt und ihnen Interesse für die gewerkschaftlichen Bestrebungen eingebläst; ferner wäre durch den Umstand, daß gegenwärtig etwa 4500 Maurer statt 10 nur noch 9 Stunden täglich arbeiten, für 500 Kollegen, die bei der 10stündigen Arbeitszeit übermäßig gewesen wären, Arbeitsgelegenheit geschaffen. Nun sei einzuweisen alles daran zu setzen, um das Erreungene festzubehalten. Die Jannung habe bekanntlich ihre Mitglieder gegen Konventionalstrafe verpflichtet, den 10-Stunden-tag beizubehalten, resp. wieder einzuführen. Auf mehreren Bantzen, wo insolge dieses Beschlusses wieder 10 Stunden gearbeitet werden sollten, wären die Kollegen leider schwach genug gewesen, sich diesen Verlangen zu fügen, während auf anderen Bantzen aus diesem Grunde die Arbeit niedergelegt wurde. Jezt müsse demnach in erster Linie der Kampf gegen diejenigen Unternehmern, welche die bewilligten Forderungen wieder rückgängig machen wollen, geführt werden. Um ein planmäßiges und erfolgreiches Vorgehen zu ermöglichen, sei es unbedingt nöthig, daß die Kollegen auf den Bantzen untereinander Fühlung behalten, und sich andererseits durch einen auf jeden Bau zu bestimmenden Deputirten mit der Lohnkommission in Verbindung setzen, damit diese überall, wo es erforderlich ist, ungesäumt eingreifen kann. In der günstigen Bauperiode des Hochsommers werde man dann mit erneuerter Kraft einen zweiten Vorstoß gegen die Unternehmer wagen, um das Hauptziel der Berliner Maurer, den Neunstundentag, zur allseitigen Durchföhrung und dauernden Anerkennung zu bringen. Nach einer regen Diskussion wurde beschloßen: Jeder arbeitende Kollege hat wöchentlich 1 M., wer nur drei Tage in der Woche gearbeitet hat, nicht unter 50 Pf. zum Streikfonds zu zahlen. Ferner gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Energie an der neunstündigen Arbeitszeit festzubehalten und jedem Versuch der Arbeitgeber, die bewilligten Forderungen wieder rückgängig zu machen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Versammelten nehmen mit Entschiedenheit Kenntniß von dem Beschluß der Jannungsmeister, den Neunstundentag nicht zu bewilligen, resp. wieder 10 Stunden arbeiten zu lassen. Demgegenüber verpflichten sich die Maurer Berlins, überall, wo an dem Neunstundentag gerüht wird, die Arbeit niedersulegen, und da, wo noch zehn Stunden gearbeitet wird, den Neunstundentag einmüthig zu fordern. Alle Vorkommnisse auf den Bantzen, wie Mißregelungen, Ausdrohung von Abzügen sind der Lohnkommission sofort, Arbeitsniederlegung auf zehn Stunden Bantzen möglichst schon vorher zu melden. Die Abstempelung der Streik- und Arbeitsberechtigungskarten erreicht am Sonnabend, den 16. d. M. ihre Endzahl. Die Kommission ist bis auf weiteres nur durch 4 ihrer Mitglieder während des Tages im Bureau vertreten.

Die Püher hielten am Montag Nachmittag im großen Saale des Keller'schen Etablissements eine öffentliche Versammlung ab, mit der Tagesordnung: „Der gegenwärtige Stand unserer Lohnbewegung und der Stand des Streiks in Deutschland“. Dietrich referirte namens der Kommission über den Verlauf der Lohnbewegung. Die Forderungen der Püher bewilligten nach diesem Bericht 188 Arbeitgeber auf 187 Bantzen, die Mehrzahl durch Namensunterschrift, ein kleinerer Theil durch abgeschlossene Kontakte. Auch bei den Firmen, bei welchen die Unterschrift nicht abgegeben wurde, seien die Streitigkeiten zum größten Theil beigelegt. An diesem Lohnkampfe theilnahmen sich 1715 Kollegen, von welchen sich 1688 Arbeitsberechtigungsarten ausstellen ließen. Circa 1400 Püher haben ihre Pflichten voll erfüllt. Ein Theil der indifferenten Kollegen, welche jezt kommen und sich Karten ausstellen lassen wollten, mußte von der Kommission abgewiesen werden, da sie bis jezt der Bewegung fernblieben. Die Püher können mit dem Verlauf der Bewegung zufrieden sein, trotz der ohnmächtigen Versuche der Meister, die Errungenschaften zu schänden zu machen. So beabsichtigten die Bugmeister eine Organisation zu schaffen, da sich gegen die Zwischenmeister der Hauptkampf richtete. Die Sperre sei verhängt über die Bantzen, bei welchen die Bugmeister das Mißzeug liefern und zu Theilzahlungen arbeiten lassen, so z. B. bei Schwarz, Bau: Köpmdor und Püelstr., Landsberger Allee, und Petersburgerstr.-Gde, Landsberger Allee 49 und Panlstr. Ferner Pühermeister Langnick, Pestalozzistr. und Straße 12 a Gde (Charlottenburg), Handjergstr. 72, Friedenau, Düppel- und Grunewaldstr.-Gde (Steglitz). Bugmeister Jensch, Bredowstr. 21 und Düppelstr. (Steglitz). Vogel theilt mit, daß die Einnahme bisher circa 9188,59 M. und die Ausgabe 289,75 M. betrage, mithin verbleibe ein Bestand von 8248,84 M. Eine genaue Abrechnung erfolge erst nach der Wahl der Revisoren. In der Diskussion geht Dähms auf die Lohnbewegungen in den kleineren Städten ein, die allgemein zur größten Zufriedenheit verlaufen sind. Im Schluswort appellirt Dietrich an die Solidarität aller Püher und spricht die Erwartung aus, daß diejenigen, denen die Forderungen zurückgezogen werden, sofort gestüht auf den gesammelten Fonds, die Arbeit einstellen. Ein Antrag, diejenigen Kollegen, welche gemüßregelt werden, mit 4 M. pro Tag zu unterstützen, wurde angenommen. Ferner beschloßt die Versammlung, die Kommission weiter bestehen zu lassen. Bei der Eröföung wurde Dietrich in dieselbe gewählt. Die Versammlung beschloßt, dem Generalfonds der Maurer 1000 Mark und der Berliner Gewerkschaftskommission für die streikenden Gewerkschaften 500 Mark zu überweisen. Die Püher Wanzke, Hartwig und Niel wurden zu Revisoren gewählt.

Die Lederarbeiter (Portefeuillier) hatten sich am 11. Mai bei Henke versammelt, um zur Mißregelung ihres Kollegen Weinhold durch die Firma Henmann u. Co. Stellung zu nehmen. Nach dem Bericht des Referenten G. Schmidt ist Weinhold wegen seines Wirkens für die Organisation, in der er als Werkhant-Vertrauensmann seine Arbeitsgenossen vertrat, und wegen seines Eintretens für eine vorthellhaftere Lohnregulirung gekündigt worden. Redner legte die einzelnen Umstände näher dar. Von Seiten der Organisationsleitung ist nach reiflicher Prüfung der Angelegenheit über die Fabrik die Sperre verhängt und die einmüthige Arbeitsniederlegung der dort beschäftigten gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich mit dem Gemüßregelten solidarisch erklärten, gut geheißen worden. — Weinhold führte dann aus, daß er nicht, wie Henmann angegeben, innerhalb der Arbeitszeit agirt habe. Wie berechtigt sein Bestreben, die Hilfsarbeiter der Firma miteinander in Fühlung zu bringen, gewesen sei, geht daraus hervor, daß die Großpreise für ein und dieselbe Arbeit bis zu 6 M. differirten. Einzelne Leute von Henmann u. Komp. hätten es bei beinahe 15stündiger Arbeitszeit nur auf knapp 12 M. die Woche gebracht. — Herr Hellmuth als Werkmeister der genannten Firma suchte das Interesse des Geschäfts zu wahren, sowie auch die im Laufe der Debatte gegen ihn (Hellmuth) erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Der Liebe May war jedoch unsonst und gelangte sodann folgende Resolution

entstehung zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Kollegen und Kolleginnen von Heymann u. Komp. einverstanden und verpflichtet sich zur finanziellen und moralischen Unterstützung der Ausständigen. — Die Versammelten erkennen an dem Falle Heymann u. Komp. die Nothwendigkeit der Organisation und verpflichten sich, derselben baldigst beizutreten.“ Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Vorschläge der Lohnkommission“ nahm Heine das Wort. Derselbe empfiehlt namens der Kommission, von der Forderung einer 33 prozentigen Lohnerhöhung abzugehen und die im Herbst zu stellenden Forderungen anderweitig festzustellen. Die Kommission sei der Meinung, daß die Arbeiter jeder Werkstatt bezw. Fabrik sich gefondert über die Forderungen einigten und zwar nach dem Prinzip, daß jeder Artikel so bezahlt werden müsse, daß der Arbeiter ohne fremde Hilfe bei zehnstündiger Arbeitszeit 21 M. die Woche verdienen könne. Außerdem solle für Hausarbeiter ein zehnjähriger Zuschlag für ihre besonderen Unkosten gefordert werden. Die Versammlung beschloß: „Die Anwesenden erklären sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden und machen es einem jeden Kollegen zur Pflicht, einen Mindestbeitrag von 10 Pf. pro Woche an die Lohnkommission zu entrichten, und um fernher einem Lohnkampf das erforderliche Rückgrat zu geben, verpflichten sie jeden, den bestehenden Organisationen beizutreten und für dieselben kräftig zu agitieren.“

Eine sehr gut besuchte Versammlung der streikenden Parquetbodenleger beschäftigte sich mit der Lage des Streiks. Des berichtet, daß die Situation im wesentlichen unverändert sei. Bewilligt haben zwei weitere Firmen. Der Bewegung haben sich außer einigen Kollegen der Firma Ende sämtliche Parquetbodenleger Berlins angeschlossen. Abdam gelangte das Schreiben der Fabrikantenkommission zur Verlesung. Die Ver-

sammlung beschloß jedoch, auf Abänderungen resp. Nebenbedingungen in den Positionen des Tarifs nicht einzugehen. Vielmehr sei es Pflicht der Herren Fabrikanten gewesen, durch Abänderungsvorschläge in den gemeinsamen Sitzungen ihren guten Willen zu betheiligen. Der Antrag, als Antwort auf den der Kommission zugegangenen Bescheid sofort den Generalstreik zu proklamieren, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Ein Streikbrecher, der den Klavierarbeitern gegenüber unsolidarisch handelte, wurde aus der Versammlung hinausgewiesen. Weiter wurde bekannt gegeben, daß jeder Streikende sich mindestens alle zwei Tage im Streikbureau, Köpnickstr. 68, zu melden hat.

Das Nizdorfer Gewerkschaftskartell hatte am 7. Mai eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Tagesordnung lautete: Die Streiks in Berlin und Umgegend. Schuhmacher Klemmer berichtete über den Streik in seiner Gewerkschaft. Hedner appelliert an die Arbeitererschaft, nur in solchen Geschäften zu kaufen, wo die Forderungen der Arbeiter bewilligt sind. Dieraus schildert Klemmer den Streik der Musikinstrumenten-Arbeiter, Pländer giebt über den Verlauf der Lohnbewegung der Dreibriemen-Arbeiter Auskunft und Trupke berichtet über die bevorstehende Bewegung der Buchdrucker. In bezug auf den Ausstand der Tabalarbeiter besäwortet Hedner, nur in denjenigen Geschäften den Bedarf zu decken, die im „Vorwärts“ von der Lohnkommission als diejenigen bezeichnet werden, wo der aufgestellte Lohnarif anerkannt ist. — Nicht anwesend waren die Vertreter der Zimmerer, Töpfer, Rutscher, Packer und Böttcher.

Eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung für Schönberg tagte am 9. Mai bei Obst in der Grünwaldstraße. Dieselbe beschäftigte sich mit der endgiltigen Beschlußfassung bezw. Gründung einer Parteipetition. Genosse Köster als Obmann der Kommission gab zunächst einen ausführlichen Bericht über die geschäftliche Lage des Unternehmens in den einzelnen

Vororten, die bereits eine Parteipetition besitzen. In der sehr lebhaften Diskussion erklärten sich mehrere Redner wohl im Prinzip für die Gründung einer Parteipetition, glaubten aber, daß das Unternehmen noch nicht genügend gesichert sei. Dieraus gelangte ein Antrag, die Parteipetition vom 1. Juni in kraft treten zu lassen, mit großer Mehrheit zur Annahme. Als Parteipetiteur wird Genosse Bäumler gewählt. Zum Schluß fordert Meising die Anwesenden auf, sich mit Interesse an der Sache zu betheiligen und sich auch an der Vertbeilung des Flugblattes, das zu diesem Zwecke verfaßt wird, recht rege zu betheiligen. Dasselbe wird am Himmelfahrtstage früh 7 Uhr von den bekannten Stellen aus vertbeilt. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Montag, den 18. Mai, statt.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch Abend von 9-10 Uhr: Süd-Ost-Kaufe, Waldemarstraße 14: Geschichte. (Neuere Geschichte von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands) Herr Dr. G. Hinn. — Fortbildungsklasse, Wälderstraße 179a: Deutsch. (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Kussanlehre.) Herr Heinrich Schulz. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Vorkämpfer Nr. 10, Kottbuserstr. 2. — Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Fortum, Wälderstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Damm 72.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Pillale 17, Berlin. Morgen: Vertbeilung der Riefelblätter in Ostorf. Treffpunkt in den Hofstätten morgens 6½ Uhr. Die regelmäßige Versammlung findet am Sonntagabend, den 16. Mai, abends 8½ Uhr, bei Wehler statt.

Landmannschaft der Schilow-Waldarbeiter in Berlin. Heute abends 8½ Uhr: Jubiläumskonzert im „Kommandanten-Garten“, Kommandantenstr. 10-11.

Verein der Mütterinnen und verwandter Berufsleute. Berlin-Deinerstr. 14. Mal, vormittags 9 Uhr, in der neuen Krania, Landenerstr. 48-49: Sondervorstellung. — Billeis sind noch bei Frau Schulz, Barnimstr. 36, Hof 2 Tr., sowie am Tage der Vorstellung in der Krania zu haben.

Gegründet im Jahre 1879.

Julius Lindenbaum

an der Fruchtstrasse. **139 Gr. Frankfurterstr. 139** an der Fruchtstrasse.

Herren-Garderoben

nur eigener Fabrikation.

Spezialität: Anfertigung nach Maass, Zuschneider im Hause.

Was ich durch Vermeidung marktschreierischer Reklame erspare, kommt meinen Kunden durch entsprechend billigere Preise beim Verkauf zu gute.

Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.

4686L



An den Fingern abzuzählen ist der Vortheil, den man beim Einkauf aus erster Hand hat!

Waldemarstr. 44
parterre rechts im Comptoir, zwischen Elisabethufer und Wälderstraße, ist die billigste Bezugsquelle für **Herren- und Knaben-Filzhüte**. Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Knabenhüte von 1.- M. an
Herrenhüte " 1,50 " "
Cylinderhüte " 4.- " "
Haarfilzhüte " 4,80 " "
Nur moderne fehlerfreie Waare! Größte Auswahl! Kein Laden. Auch Sonntags geöffnet.



Größte Kinderwagen-Ausstellung. Eleg. Neubeiten zu reell billigen Preisen.
Fabriklager:
A. v. Langheim
Oranienstr. 65.

A. Engler
14 Veteranenstr. 14
verkauft vom heutigen Tage an billiger als jede Konkurrenz:
10 000 Paar Herrenstiefel 5, 6, 7, 8, 10 M.
Strand- u. Kellnerschuhe, anbergew. bill.
Knaben-, Varschen-Stiefel 4,50-6 M.
3000 Paar Herren-Hauschuhe, Pflisch 3 M., gemustert 2,75, 8000 Paar Damenstiefel von 4,50-8 M., 6000 Paar Mädchen-Kindstiefel und Halbschuhe von 2-5 M. Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.
Nur 14 Veteranenstr. 14.

Möbel-Ausverkauf,
passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Köpnickstr. 29, sollen ca. 300 Wohnungs-Einrichtungen, vertiechen gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheits-Einkäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirtschaften für 80, 100, 200 Mark abzugeben. Zettelungung gekletter, Brautpaar ohne Anzahlung, Kleiderständer 10 Mark, Kommoden, Küchenspiegel 12, Wäschtaum-Kleiderständer, Bettlows 30 Mark, Wäschebänken 25, Bettstellen mit Matrassen 15 Mark, Sophas 18, Säulenspenden, Kleiderständer, hochlegant 24, Trümmen mit Säulen und Krustenglas 20, Herrenschreibtische, Tischgaranturen 20 Mark, Kameelstisch 75 Mark, Stoppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert, auch nach außerhalb.

Charlottenburg.
Mit heutigem Tage eröffne hier, **Wilmsdorferstr. 132**, ein Geschäft, in dem ich führen werde

Fertige Herren- u. Knaben-Garderobe, Spezial-Herren-Artikel und sämtliche Artikel für Arbeiter.

Es wird mein Bemühen sein, meine werthen Kunden stets gut und reell zu bedienen, dagegen meine „Hauptbedingung“ billig, nur feste Preise gegen Baarzahlung.

A. Spiro,
Wilmsdorferstr. 132.

Der Frühjahrsaison
verkaufe ich meine Schuhwaaren nach wie vor zu den bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen und zwar:

Herrenstiefel: von den einfachsten bis zu den elegantesten, nur bekannt gute Qualität
M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.

Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel
M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.

Ball- u. Gesellschaftsschuhe, feinste Ausführung von M. 2,50 an.

Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von **Einsegnungstiefeln** zu aussergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam. Versandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages.

Illustrirte Preislisten gratis und franco.

S. Selbiger, Schuhfabrik,
Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstrasse.

Jaekel's Normal-Kinderstühle, verstellbar als hoher Stuhl und als Fahrstuhl mit Spieltisch, hell und dunkel von 9 Mk. an.

Kinderpulte für jedes Alter einstellbar, ärztlich empfohlen. Verhindern Kurzsichtigkeit und Schiefwerden der Kinder. Preis von 18 Mk. an.

Preislisten über „Holzwaaren“ hell und dunkel lackirt gratis und franco.

R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik,
Berlin SW., Markgrafenstrasse 20, Ecke Kochstrasse.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert **Schuhwaaren en gros & en detail**
in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, aufser in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen **Bellealliancestr. 98/99** und **Rosenthalerstr. 63/64** verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundfah ist: **Seringer Verdienst, rascher Umsatz.** — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75, in nur reeller Ausführung. 4831L*

In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer **98** zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Herren-Hüte 65 Pf.
Confirmanten u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir 5081L*
Barnimstr. 45,
Müllerstr. 12c.
Kastanien-Allee 101.

Den Herren Schuhmachern empfehle meine 50072* **Maah-Stepperei.** Gutes Leder! Saubere Arbeit! Billigste Preise!
A. Loewenthal, Lederhandlung und Maah-Stepperei,
SW., Mariendorferstr. 13.

Mode-Bazar Guttman,
6667. Landsbergerstr. 6667.

Es kommen in dieser Woche zu Fabrikpreisen zum Verkauf:

Waschechte Blusen, neueste Façon . . . 1,65 M.,
Waschechte Kattune, neueste Muster, Elle 27 Pf.
Waschechte Cachemire, Imitation, Seide Elle 44 "
Waschechte Battiste in all. Farben f. Blusen Elle 50 "
Damen-Sonnenschirme 2,45 M., Kinder dito . 42 "
Damen-Staubröcke . . . 1,75 M.,
Garnirte u. ungarirte Hüte zu d. bekannten bill. Preisen.